

Allianz Private Krankenversicherungs-AG
Geschäftsbericht 2016

Auf einen Blick

Allianz Private Krankenversicherungs-AG

		2016	Veränderung zum Vorjahr %	2015	2014	Mehr dazu auf Seite
Beitragseinnahmen brutto	Mio €	3 282	0,9	3 253	3 236	6
Leistungen an Kunden	Mio €	2 769	2,8	2 693	2 552	7
Schadenquote ¹	%	80,7		79,2	76,8	7
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	Mio €	301	3,3	291	288	7
Verwaltungskostenquote ¹	%	2,5		2,4	2,4	7
Abschlusskostenquote ¹	%	6,7		6,5	6,4	7
Versicherungsgeschäftliches Ergebnis	Mio €	331	- 14,1	386	463	9
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote ¹	%	10,1		11,9	14,3	9
Überschussverwendungsquote	%	83,9		81,2	81,9	7
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	Mio €	94	- 10,1	104	118	9
Verwaltete Kapitalanlagen	Mio €	27 323	4,3	26 196	25 218	8
Bewertungsreserven der gesamten Kapitalanlagen in % der gesamten Kapitalanlagen	%	22,7		19,7	23,3	8
Nettoverzinsung ¹	%	4,1		4,0	4,1	8
Eigenkapital	Mio €	388		388	363	39
Eigenkapitalquote ¹	%	11,8		11,9	11,2	
Versicherungstechnische Rückstellungen	Mio €	27 137	4,2	26 046	25 002	
Rückstellungen für Beitragsrückerstattung ¹	Mio €	1 933	3,6	1 866	1 916	9
Anzahl der versicherten natürlichen Personen ¹	Tsd	2 618	1,1	2 589	2 575	7

¹ Kennzahlen gemäß Empfehlungen des Verbands der privaten Krankenversicherung e. V. (PKV)

Inhalt

2	Mitglieder des Vorstands
3	Lagebericht
23	Jahresabschluss
24	Bilanz
26	Gewinn- und Verlustrechnung
28	Anhang
49	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
50	Bericht des Aufsichtsrats
52	Mitglieder des Aufsichtsrats

Mitglieder des Vorstands

Dr. Birgit König

Vorsitzende des Vorstands
zugleich Mitglied des Vorstands
Allianz Deutschland AG, Ressort Krankenversicherung

Daniel Bahr

Leistungsmanagement und Vertriebskoordination
ab 1. Januar 2017

Dr. Jan Esser

Produkte und Fachstab

Burkhard Keese

Finanzen
zugleich Mitglied des Vorstands
Allianz Deutschland AG, Ressort Finanzen

Joachim Müller

Vertrieb Ausschließlichkeitsorganisation
zugleich Mitglied des Vorstands
Allianz Deutschland AG, Ressorts Sach und Vertrieb

Dr. Thomas Wiesemann

Maklervertrieb

Lagebericht

Dank einer wettbewerbsstarken und kundenorientierten Produktpalette konnte die Allianz Private Krankenversicherungs-AG im Geschäftsjahr 2016 ihre sehr gute Vertriebsleistung aus dem Vorjahr nochmals übertreffen. Zur erneuten Steigerung des ausgezeichneten Neugeschäfts trugen die Erfolge in der Vollversicherung und in der Zusatzversicherung gleichermaßen bei. Unterstrichen wurde diese Entwicklung durch eine Vielzahl hervorragender Ratingbewertungen, welche letztendlich dazu führten, dass die Allianz Private Krankenversicherungs-AG sogar als insgesamt bester privater Krankenversicherer in Deutschland ausgezeichnet wurde. Der Kundenzuwachs sowie moderate Beitragsanpassungen haben zu einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 0,9 (im Vorjahr 0,5) Prozent geführt.

Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote entwickelte sich mit 10,1 (11,9) Prozent rückläufig. Hierfür waren marktweit gestiegene Gesundheitsausgaben durch medizinischen Fortschritt sowie erhöhte IT-Investitionen in Kundensysteme verantwortlich. Den Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen wurden insgesamt 408 (388) Millionen Euro zugeführt. Die Allianz Gruppe stellte wiederholt ihre hervorragende Expertise an den Kapitalmärkten unter Beweis. Von den hohen Kapitalerträgen, die zu einer Nettoverzinsung von 4,1 Prozent führten, profitieren die Kunden im Bestands- und Neugeschäft nachhaltig.

Das Ergebnis nach Steuern lag mit 94 (104) Millionen Euro vor allem aufgrund des um 75 Millionen Euro auf 2 769 Millionen Euro gestiegenen Bruttoaufwands für Versicherungsfälle sowie einer höheren Beteiligung der Kunden an den Überschüssen unter dem des Vorjahrs.

Allgemeine Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Moderater Aufschwung

Die moderate Aufwärtsbewegung der Weltwirtschaft setzte sich auch 2016 fort. Allerdings schwächte sich das Expansionstempo leicht ab: Nach 2,7 Prozent im Jahr 2015 legte die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr nur real um 2,4 Prozent zu. Hauptursache dafür war die vorübergehende Wachstumsschwäche in den USA, deren Wirtschaft 2016 nur um 1,6 Prozent wuchs. Auch die Schwellenländer verharrten in einem Wachstumstief, vor allem aufgrund des fortgesetzten

Rückgangs der Wirtschaftsleistung in den beiden Schwergewichten Brasilien und Russland. Auf der anderen Seite zeigte sich die Konjunktur in Europa erstaunlich widerstandsfähig und weitgehend unbeeindruckt vom überraschenden Votum der Briten, die EU zu verlassen (Brexit). So wuchs die Wirtschaft des Euroraums 2016 mit einer Rate von 1,7 Prozent. Das entsprach in etwa dem Tempo des Vorjahrs.

Die politischen Überraschungen des Jahres 2016 – neben dem Brexit-Votum auch die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten – fanden ihren Niederschlag vor allem auf den Finanzmärkten. Aktien-, Anleihen- und Devisenmärkte zeigten eine hohe Volatilität. Darin

spiegelte sich die Schwierigkeit der Anleger wider, die mittel- bis langfristigen Konsequenzen der politischen Veränderungen abschätzen zu können. Gleichzeitig nahm der Einfluss der Geldpolitik auf die Märkte ab, da sich nach Jahren der ungebremsten Liquiditätsflut deren Wirkung offenbar abgenutzt hatte. Dabei änderte sich an der Ausrichtung der Geldpolitik 2016 wenig: Während die Zentralbanken in Europa und Japan die Liquiditätszufuhr weiter erhöhten, setzte die US-Notenbank ihren extrem vorsichtigen Normalisierungskurs mit einem weiteren kleinen Zinsschritt im Dezember fort.

Die deutsche Wirtschaft befand sich 2016 im vierten Jahr ihres zwar verhaltenen, aber kontinuierlichen Aufschwungs. Hauptstütze der Entwicklung war dabei einmal mehr die Binnennachfrage: Die gute Lage am Arbeitsmarkt, Spielräume in den öffentlichen Haushalten, die mäßige Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen sowie sehr günstige Finanzierungsbedingungen bildeten den positiven Rahmen für die Inlandsnachfrage. Der Exportmotor geriet dagegen – aufgrund der allgemeinen Schwäche des Welthandels – 2016 vorübergehend ins Stottern. Insgesamt legte das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2016 real um 1,9 Prozent zu.

Einkommen steigen weiter

Auch 2016 setzte sich die Aufwärtsentwicklung der Arbeitseinkommen fort. Die Zuwachsrate der Arbeitnehmerentgelte lag bei 3,6 Prozent, wobei sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch der Effektivverdienst je Arbeitnehmer weiter stiegen. Diese positive Entwicklung führte zu einer kräftigen Rentenanpassung in der Mitte des Jahrs. Unter Berücksichtigung der monetären Sozialleistungen und der Summe der Einkommen aus Gewinnen, Vermögen und selbstständiger Tätigkeit erhöhten sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2016 insgesamt um 2,8 Prozent. Dies entspricht in etwa dem Anstieg des Vorjahrs.

Allerdings legte 2016 auch die Inflationsrate wieder zu: Mit 0,5 Prozent verharrte sie aber weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Dennoch fiel der Anstieg der Realeinkommen mit 2,3 Prozent einen halben Prozentpunkt niedriger aus als 2015. Auf die Sparquote hatte dieser leichte Rückgang jedoch keine Auswirkungen; sie erhöhte sich sogar minimal auf 9,8 Prozent – was im historischen Kontext aber nach wie vor einen relativ niedrigen Wert darstellte.

Zunehmendes Renditebewusstsein

Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland belief sich nach Schätzung von Allianz Economic Research zum Jahresende 2016 auf rund 5,55 Billionen Euro. Nachdem das Geldvermögen im Vorjahr noch mit über 5 Prozent zulegen, schwächte sich 2016 der Zuwachs dabei auf etwa 4 Prozent ab. Über die Gründe muss nicht lange gerätselt werden: Nullzinsen forderten ihren Tribut. Allerdings führte das lang anhaltende Niedrigzinsumfeld im letzten Jahr auch zu ersten Anzeichen eines veränderten Anlageverhaltens: Die privaten Haushalte engagierten sich wieder stärker an den Kapitalmärkten, indem sie vor allem Aktien und Investmentfonds kauften. Darin spiegelte sich ein höheres Renditebewusstsein wider. Die grundsätzliche Präferenz für liquide und risikoarme Anlagen blieb aber auch im vergangenen Jahr erhalten: Die höchsten Zuflüsse erzielten wie in den Vorjahren Banken und Versicherer.

Kapitalmärkte im Bann politischer Risiken

Auch 2016 waren die Aktienmärkte von hoher Volatilität geprägt. Neben zwischenzeitlichen Wachstumssorgen waren dafür in erster Linie die politischen Überraschungen des Jahrs verantwortlich, die die Anleger buchstäblich auf dem falschen Fuß erwischten. Ende 2016 überwog dann aber wieder der Optimismus, der sich nicht zuletzt aus der Erwartung kräftiger Wachstumsimpulse durch die neue Trump-Administration in den USA speiste. Dank der Kursrallye im Dezember notierte der DAX zum Jahresschluss mit knapp 7 Prozent im Plus.

Auch auf den Rentenmärkten führten die politischen Risiken zu hoher Volatilität und einem Auf und Ab der Renditen. Im Sommer, kurz nach dem Brexit-Votum, rutschten viele Staatsanleihen in den negativen Bereich, und auch die zehnjährigen Bundesanleihen wiesen eine negative Rendite auf. Weltweit notierten Anleihen im Wert von etwa 11 Billionen Euro im roten Bereich. Wie auf den Aktienmärkten kam es allerdings zum Jahresende, nach der Wahl Trumps zum neuen US-Präsidenten, zu einer Trendumkehr, die vor allem von der Aussicht auf wieder steigende Inflationsraten getrieben wurde. Im Zuge dessen erreichten die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen wieder positives Terrain und standen am Jahresende bei 0,2 Prozent. Ein Ende der Niedrigzinsphase ist damit jedoch noch immer nicht in Sicht.

Versicherungswirtschaft

Maßvolles Wachstum

Das Neugeschäft der privaten Krankenversicherung zeigte im abgelaufenen Geschäftsjahr marktweit leichte Steigerungen gegenüber dem Vorjahr. Dazu trugen das Geschäft mit der Krankheitskostenvollversicherung und der Zusatzversicherung gleichermaßen bei.

Der Versichertenbestand in der Krankheitskostenvollversicherung lag nach vorläufigen Angaben des Verbands der Privaten Krankenversicherung (PKV) im Jahr 2016 geringfügig unter dem Vorjahr.

Die Beitragseinnahmen der privaten Krankenversicherung wuchsen nach vorläufigen Angaben des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) im Jahr 2016 um 1,1 Prozent. Die Beitragsanpassungen fielen marktdurchschnittlich zum Teil höher aus als in den Vorjahren. Die positive Neugeschäftsentwicklung in der Zusatzversicherung erwies sich als Treiber für das Wachstum der Beiträge.

Die ausbezahlten Versicherungsleistungen (ambulant und stationär) verzeichneten im Jahr 2016 erneut einen spürbaren Anstieg, auch wenn dieser leicht unter dem Niveau des Vorjahrs blieb.

Im ambulanten Bereich wurden die Kosten im Wesentlichen durch die Entwicklung der Medikamentenpreise und die Kosten für ärztliche Behandlungen beeinflusst. Im stationären Bereich lag die Entwicklung vor allem in den allgemeinen Krankenhauskosten begründet.

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Rechtliche Rahmenbedingungen

Solvency II

Der europäische Gesetzgeber hat mit der sogenannten Solvency-II-Richtlinie neue, europaweit einheitliche Regelungen vorgegeben. Deren Ziel ist es, die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen an den übernommenen Risiken auszurichten. Zur Umsetzung des europäischen Rechts hat der deutsche Gesetzgeber am 1. April 2015 eine umfassende Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG 2016) verabschiedet. Das neue Gesetz trat in seinen wesentlichen Teilen am 1. Januar 2016 in

Kraft. Das Bundesministerium der Finanzen hatte Ende des Jahres 2015 damit begonnen, die bestehenden VAG-Verordnungen an die geänderten aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen des VAG 2016 anzupassen. Dieser Prozess wurde 2016 mit dem Neuerlass zahlreicher Verordnungen fortgesetzt und wird auch 2017 weiter andauern.

Gesundheitspolitische Rahmenbedingungen Anhebung Versicherungspflichtgrenze zum 1. Januar 2016

Zum 1. Januar 2016 wurde wie jedes Jahr die Versicherungspflichtgrenze entsprechend der Entwicklung der Gehälter von monatlich 4 575,00 Euro auf 4 687,50 Euro angehoben. Damit hat sich die Zahl der Arbeitnehmer, die in die private Krankenvollversicherung wechseln können, verringert.

Zweites Pflegestärkungsgesetz

Mit dem noch im Dezember 2015 verabschiedeten Zweiten Pflegestärkungsgesetz wurde zum 1. Januar 2017 die Neudefinition der Pflegebedürftigkeit unter stärkerer Berücksichtigung von Demenz, verbunden mit einem neuen Begutachtungsverfahren, beschlossen. Statt drei Pflegestufen bestehen nun fünf Pflegegrade, die den Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Pflegeversicherung (SPV und PPV) bestimmen. Ein Überleitungsverfahren aus den bestehenden drei Pflegestufen in die fünf neuen Pflegegrade stellt sicher, dass Personen, die heute bereits Pflegeleistungen erhalten, nicht schlechtergestellt werden.

Als Folge des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes mussten auch die Tarife der Pflegezusatzversicherung an die geänderten Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung angepasst werden.

Die Arbeiten zur Anpassung der privaten Pflegeversicherungen waren 2016 mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz hat sich die Wettbewerbssituation der PPV nicht verändert. Da die gesetzliche Pflegeversicherung weiterhin nur einen Teil der Pflegekosten deckt, bleibt zudem der Bedarf nach zusätzlicher Vorsorge unverändert hoch.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG)

Ein Bestandteil der Psychiatriereform ist der in einem inhaltlich wesensfremden Artikel nachzulesende Beschluss, dass die GKV-Kassen 2017 einmalig aus dem Gesundheitsfonds 1,5 Milliarden Euro zusätzliche Mittelzuweisung erhalten – offiziell, um die Belastungen der GKV durch Flüchtlinge zu finanzieren. Der GKV-Schätzerkreis beim Bundesversicherungsamt geht davon aus, dass die GKV-Kassen deshalb die Zusatzbeiträge im Schnitt nicht erhöhen müssen, auch wenn einzelne GKV-Kassen einen höheren Zusatzbeitrag im Jahr 2017 erheben werden.

Der GKV-Beitrag erhöht sich also nur durch individuelle Gehaltserhöhungen und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zum 1. Januar 2017 von monatlich 4 237,50 Euro auf 4 350,00 Euro. Aufgrund steigender Gesundheitsausgaben müssen gleichzeitig die PKV-Prämien unter Berücksichtigung der Niedrigzinsphase höher als üblich angepasst werden.

Obwohl ein Vergleich der Beitragsentwicklung in GKV und PKV von 2007 bis 2017 zeigt, dass die GKV-Beiträge im Schnitt pro Jahr mit 3,2 Prozent stärker steigen als die PKV-Beiträge mit 3,0 Prozent, sind kurz- bis mittelfristig Belastungen im Neugeschäft nicht auszuschließen.

Geschäftsverlauf

Versicherungsgeschäft

Beitragseinnahmen

Die Beitragseinnahmen der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG stiegen im Geschäftsjahr 2016 um 0,9 (im Vorjahr 0,5) Prozent auf 3 281,9 (3 252,9) Millionen Euro brutto an.

Gebuchte Bruttobeiträge

	2016	2015	2014
	Mio €	Mio €	Mio €
Versicherungsart			
Krankheitskostenvollversicherung	2 360,5	2 348,2	2 364,7
Krankentagegeldversicherung	73,6	74,3	76,6
Krankenhaustagegeldversicherung	59,4	61,0	62,6
Krankheitskostenteilversicherung	411,9	407,5	404,9
Pflegepflichtversicherung	209,9	214,5	198,2
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	120,7	106,2	92,9
Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	18,3	14,5	9,7
Auslandsreisekrankenversicherung	27,7	26,8	26,5
Gebuchte Beiträge insgesamt	3 281,9	3 252,9	3 236,1

Die Entwicklung der Beitragseinnahmen des abgelaufenen Geschäftsjahrs war in der Vollversicherung von moderaten Beitragsanpassungen sowie dem fortlaufenden alterungsbedingten Kundenrückgang geprägt. Die Beitragseinnahmen aus dem Neugeschäft übertrafen das Vorjahr deutlich. Die durch beeinflussbare Storni verursachten Beitragsabgänge lagen wie im Vorjahr auf historisch niedrigem Niveau. Insgesamt führten diese Faktoren zu einem leichten Beitragsanstieg in der Vollversicherung. In der Zusatzversicherung konnten die Beitragseinnahmen dank des Kundenwachstums erneut gesteigert werden.

Neugeschäft

Das Volumen der durch die Vertriebspartner der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG neu akquirierten Verträge konnte im Geschäftsjahr 2016 erneut deutlich gesteigert werden. Gemessen in Monatsbeiträgen, lag dieses um 8,4 (7,9) Prozent über dem Vorjahr. Getrieben wurde die positive Entwicklung gleichermaßen durch die Vollversicherung, die das gut gelaufene Vorjahr erneut um 8,4 (14,4) Prozent übertreffen konnte, wie durch die Zusatzversicherung, die sich ebenfalls um 8,4 Prozent steigern konnte (im Vorjahr Rückgang um 0,3 Prozent).

Bestand

Zum Jahresende waren 2 617 889 (2 588 748) Personen bei der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG versichert. Dies entspricht einem Anstieg um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

In der Vollversicherung nahm der Bestand alterungsbedingt trotz 9 844 (8 370) neu gewonnener Kunden um 1,5 (2,0) Prozent ab. In der Zusatzversicherung konnten 96 920 (89 125) neue Kunden gewonnen werden und damit der Bestand an Zusatzversicherten um 2,0 (1,3) Prozent auf 1 999 572 (1 960 811) Personen ausgebaut werden.

In Rückdeckung gegebenes Versicherungsgeschäft

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG gibt seit dem 1. Januar 2016 in geringem Umfang Versicherungsgeschäft an einen Rückversicherer ab (Quote: 50 Prozent). Dies hat im Wesentlichen Auswirkungen auf die folgenden versicherungstechnischen Positionen: Verdiente Beiträge, Aufwendungen für Versicherungsfälle und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb. Die Zusammensetzung der Rückversicherungspositionen ist im Anhang ausgewiesen.

Leistungen an Kunden

Die Schadenquote gemäß der PKV-Definition stieg um 1,5 Prozentpunkte von 79,2 Prozent im Vorjahr auf 80,7 Prozent an.

Für Versicherungsfälle einschließlich Regulierungsaufwendungen und Rückstellungen für Schadenzahlungen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 2 768,6 (2 693,2) Millionen Euro brutto aufgewendet. Dies entspricht einem Anstieg um 2,8 (5,5) Prozent. Auslöser für die höheren Leistungsausgaben sind im ambulanten Bereich die Entwicklung der Medikamentenpreise sowie der Anstieg der ärztlichen Behandlungskosten. Im stationären Bereich ist die Steigerung auf die Entwicklung der allgemeinen Krankenhausleistungen sowie die Alterung des Bestands, die zu vermehrten Behandlungen führt, zurückzuführen. Auch die Leistungen in der Pflegepflichtversicherung wurden im Zuge des Ersten Pflegestärkungsgesetzes merklich ausgeweitet. Der Anstieg der Schadenregulierungskosten ist auf Investitionen in näher auf den Kunden ausgerichtete, effizientere Verwaltungssysteme sowie in die Digitalisierung (zum Beispiel Rechnungs-App) zurückzuführen.

Gesamtleistungen an Kunden

	2016 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	2 768,6	2 693,2	2 552,1
Deckungsrückstellung	24 503,5	23 488,7	22 426,0
Veränderung der Deckungsrückstellung	1 014,8	1 062,7	887,1
davon Direktgutschrift für ältere Versicherungsnehmer gem. § 150 Absatz 2 VAG	85,8	65,9	73,7
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	1 870,3	1 796,7	1 745,4
Entnahme für Limitierung und Barausschüttung aus der erfolgsabhängigen RfB	311,9	317,7	192,7
Zuführung zur erfolgsabhängigen RfB	385,5	369,0	437,9
davon Zuführung zur Pflegepflichtversicherung (PPV-Pool)	27,4	41,2	27,9
Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	62,9	69,2	170,9
Entnahme für Limitierung und Barausschüttung aus der erfolgsunabhängigen RfB	28,4	121,1	38,5
Zuführung zur erfolgsunabhängigen RfB für ältere Versicherungsnehmer gem. § 150 Absatz 4 VAG	17,6	15,3	19,3
Sonstige Zuführung zur erfolgsunabhängigen RfB	4,5	4,1	4,3
Gesamtbestand der RfB	1 933,1	1 865,9	1 916,3
Gesamte Entnahme aus der RfB	340,4	438,9	231,2
Gesamte Zuführung zur RfB	407,6	388,5	461,5
Schadenquote %	80,7	79,2	76,8
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote %	10,1	11,9	14,3
Überschussverwendungsquote %	83,9	81,2	81,9
RfB-Zuführungsquote %	11,7	11,3	13,5
RfB-Quote %	57,0	55,2	56,6

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb erhöhten sich im Geschäftsjahr um 9,7 Millionen Euro auf 301,0 (291,3) Millionen Euro brutto und lagen damit um 3,3 (1,3) Prozent über dem Vorjahreswert.

Die Abschlusskosten erhöhten sich infolge der Steigerung des Neugeschäfts sowie getätigter IT-Investitionen um 2,8 (2,0) Prozent. Die Abschlusskostenquote veränderte sich infolgedessen auf 6,7 (6,5) Prozent. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen leicht an und übertrafen mit 82,6 Millionen Euro brutto das Vorjahr um 3,9 Millionen Euro. Die Verwaltungskostenquote blieb mit 2,5 (2,4) Prozent nahezu konstant.

Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagenbestand der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG erhöhte sich im Berichtsjahr um 4,3 Prozent auf 27,3 (26,2) Milliarden Euro. Die Bruttoanlage umfasste 2,0 (2,0) Milliarden Euro. Die Bewertungsreserven lagen zum 31. Dezember 2016 bei 6,2 (5,2) Milliarden Euro. Damit ergab sich in Summe ein Zeitwert in Höhe von 33,5 (31,3) Milliarden Euro für den gesamten Kapitalanlagenbestand.

Sicherheitsorientierte Anlagestrategie

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG setzte auch im Jahr 2016 ihre sicherheitsorientierte Anlagestrategie fort. Weiterhin wurde das Ziel verfolgt, bei angemessenem Risiko eine möglichst attraktive Rendite zu erreichen, und aus Sicherheitsgründen die Kapitalanlagen auf viele unterschiedliche Anlagesegmente zu streuen. So konnten auch in diesem Jahr negative Einflüsse der historisch niedrigen Zinsen begrenzt werden.

Aufgrund der langfristigen Leistungsversprechen gegenüber den Kunden war ein großer Teil des Portfolios in festverzinsliche Anlagen investiert. Ende des Jahres 2016 belief sich dieser Anteil auf 84¹ (87) Prozent der Kapitalanlagen.

Der Schwerpunkt der festverzinslichen Anlagen lag auf besicherten Anleihen sowie deutschen und europäischen Staatsanleihen und staatsnahen Emittenten. Besicherte Anleihen stellen durch ihre Unterlegung mit werthaltigen Sicherheiten, wie Kommunaldarlehen oder erstrangige Hypothekenkredite, sehr sichere Anlagen dar. Bei den Staatsanleihen und staatsnahen Emittenten konzentrierte sich das Unternehmen weiterhin auf die Kernländer der Eurozone.

Um eine attraktive Verzinsung des Kapitalanlagenportfolios langfristig zu sichern, hielt die Allianz Private Krankenversicherungs-AG an einer breiten Diversifikation des Portfolios fest. Ende des Jahres 2016 lag der Anteil von Unternehmensanleihen am Gesamtportfolio bei 17,2 (15,9) Prozent nach Zeitwerten; 5,5 (5,6) Prozent waren in Schwellenländeranleihen investiert. Die direkte Kreditvergabe wurde im Jahr 2016 mit Neuinvestitionen in Höhe von 0,5 Milliarden Euro ausgebaut.

In die realen Anlageklassen Aktien einschließlich erneuerbarer Energien und Infrastruktur sowie Immobilien wurden netto 0,9 Milliarden Euro investiert. Durch die positive Marktwertentwicklung und die Investitionen erhöhte sich der Aktienbestand im Geschäftsjahr 2016. Die Aktienquote nach Zeitwerten einschließlich erneuerbarer Energien und Infrastruktur betrug zum Geschäftsjahresende 2016 unter Berücksichtigung von Absicherungsmaßnahmen 10,8 (8,6) Prozent. Die regionale Diversifikation der Aktien wurde weiter ausgebaut.

Kapitalanlagenergebnis

Das Nettoergebnis aus den Kapitalanlagen betrug 1,1 (1,0) Milliarden Euro. Das Kapitalanlagenergebnis setzte sich wie folgt zusammen:

	2016 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
Laufender Ertrag	1 034,0	1 010,1	993,4
+ Veräußerungsgewinne	39,4	96,6	44,7
+ Zuschreibungen	47,5	0,8	3,1
– Veräußerungsverluste	– 2,6	– 0,3	–
– Abschreibungen	– 5,0	– 50,3	– 1,1
– Laufender Aufwand gesamt	– 22,6	– 21,9	– 21,6
Nettoertrag	1 090,7	1 035,0	1 018,5

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen betrug 4,1 (4,0) Prozent.

Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen stiegen auf 6,2 (5,2) Milliarden Euro an. Das sind 22,7 (19,7) Prozent des Buchwerts der gesamten Kapitalanlagen. Grund für den Anstieg war der Zinsrückgang im gesamten Laufzeitenbereich. Das hohe Niveau der Bewertungsreserven war weitgehend Folge des sehr niedrigen Zinsniveaus. Es handelte sich damit vor allem um einen temporären Effekt, der sich bis zur Endfälligkeit der festverzinslichen Wertpapiere sukzessive abbauen wird. Die Bewertungsreserven setzten sich zusammen aus stillen Reserven von 6 206,5 (5 155,4) Millionen Euro und stillen Lasten von 10,1 (4,9) Millionen Euro.

Die Bewertungsreserven betragen bei sonstigen Ausleihungen und Hypotheken 1,9 (1,8) Milliarden Euro, bei Anteilen an Investmentvermögen 3,7 (2,8) Milliarden Euro, bei Kapitalanlagen in verbundenen Unter-

¹ Die Angabe zum Anteil der festverzinslichen Anlagen an den gesamten Kapitalanlagen berücksichtigt auch die festverzinslichen Anlagen in Investmentanteilen, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Dies gilt analog auch für die weiteren Angaben im Abschnitt Sicherheitsorientierte Anlagestrategie.

nehmen und Beteiligungen 0,5 (0,4) Milliarden Euro sowie bei Immobilien 0,1 (0,1) Milliarden Euro.

Weitere Erläuterungen finden sich im Anhang auf Seite 37.

Ergebnisentwicklung

Zuführung zur Deckungsrückstellung

In der Deckungsrückstellung, auch Alterungsrückstellung genannt, werden Beitragsteile angesammelt, die den Prämienanstieg aufgrund der im Alter erwiesenermaßen erhöhten Inanspruchnahme von Leistungen kompensieren sollen. Ergänzend werden 90 Prozent der Zinsüberschüsse zur Beitragsentlastung im Alter zurückgelegt. Die Zuführung zur Deckungsrückstellung belief sich im Jahr 2016 auf 1 014,8 (1 062,7) Millionen Euro. Darin enthalten sind Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zur Limitierung von Beitragsanpassungen.

Zum Ende des Geschäftsjahrs 2016 war die Deckungsrückstellung insgesamt mit 24 503,5 (23 488,7) Millionen Euro dotiert.

Versicherungsgeschäftliches Ergebnis

Das versicherungsgeschäftliche Ergebnis verringerte sich vor allem aufgrund der gestiegenen Aufwendungen für Versicherungsfälle und den Versicherungsbetrieb auf 331,2 (385,6) Millionen Euro. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote betrug 10,1 (11,9) Prozent.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

In die RfB werden finanzielle Überschüsse eingestellt. Nach aktueller Gesetzeslage werden die finanziellen Mittel spätestens nach fünf Jahren in Form von Einmalbeiträgen zur Begrenzung von Beitragserhöhungen sowie für Beitragsrückerstattungen an leistungsfreie Kunden verwendet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte erneut ein hoher Zuführungsbetrag zugunsten der Kunden in die RfB eingestellt werden. Dies spiegelt sich unter anderem in einem neuen Höchststand der RfB-Quote in Höhe von 57,0 (55,2) Prozent wider.

Erfolgsabhängige RfB

Der erfolgsabhängigen RfB wurden 311,9 (317,7) Millionen Euro entnommen. Davon wurden im

Rahmen der Beitragsrückerstattung insgesamt 112,7 (111,5) Millionen Euro direkt an rund 140 000 (140 000) Kunden ausgeschüttet.

Die Zuführung zur erfolgsabhängigen RfB (ohne die aufgrund von Vorschriften des Pflegepflichtversicherungs-Pools ermittelten Rückstellungen für die Private Pflegepflichtversicherung; PPV-Pool) betrug 358,1 (327,8) Millionen Euro. Zum Jahresende belief sich die erfolgsabhängige RfB (ohne PPV-Pool) auf 1 759,9 (1 713,4) Millionen Euro.

Die erfolgsabhängige RfB enthält seit dem Geschäftsjahr 2012 auch die Rückstellung für den PPV-Pool. Der Pool regelt den Risikoausgleich zwischen den privaten Pflegeversicherern. Die Zuführung betrug in der Berichtsperiode 27,4 (41,2) Millionen Euro. Zum Jahresende betrug die erfolgsabhängige PPV-Pool-Rückstellung 110,4 (83,3) Millionen Euro.

Erfolgsunabhängige RfB

Um die Beitragsanpassungen für Krankenversicherte ab dem 65. Lebensjahr zu begrenzen, wurden 24,1 (31,6) Millionen Euro der erfolgsunabhängigen RfB entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt. Aus der tariflichen erfolgsunabhängigen RfB wurden 4,3 (4,2) Millionen Euro an anspruchsberechtigte Kunden ausgeschüttet. Gemäß § 150 Absatz 4 VAG wurden 17,6 (15,3) Millionen Euro in die erfolgsunabhängige RfB eingestellt. Der tariflichen erfolgsunabhängigen RfB wurden 4,5 (4,1) Millionen Euro zugeführt. Die Höhe der erfolgsunabhängigen RfB betrug zum Jahresende 62,9 (69,2) Millionen Euro.

Die Mittel der erfolgsunabhängigen RfB der PPV wurden zu Beginn des Jahres 2015 vollständig entnommen. Damit verfügte die Allianz Private Krankenversicherungs-AG im Geschäftsjahr 2016 über keine erfolgsunabhängige RfB der PPV mehr.

Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss nach Steuern und vor Ergebnisabführung fiel mit 93,5 (104,0) Millionen Euro vor allem aufgrund des gestiegenen Aufwands für Versicherungsfälle sowie einer höheren Beteiligung der Kunden an den Überschüssen geringer aus als im Vorjahr.

Der Gewinnrücklage wurden wie im Vorjahr keine Mittel zugeführt. Die Ergebnisabführung richtet sich nach dem Beherrschungs- und Gewinnabfüh-

rungsvertrag mit der Allianz Deutschland AG. Für das Geschäftsjahr 2016 wurden nach Abzug von Steuern 93,5 (104,0) Millionen Euro an die Allianz Deutschland AG abgeführt.

Ausgelagerte Funktionen

Für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG sind mehrere Allianz Konzernunternehmen dienstleistend tätig. Auf die Allianz Deutschland AG wurden wesentliche Stabsaufgaben wie die interne Revision, das Risikomanagement, die versicherungsmathematische Funktion, Compliance und das Rechnungswesen (mit Ausnahme der Bilanzierung) sowie Teile der Rechtsfunktion übertragen. Außerdem übernimmt die Allianz Deutschland AG Tätigkeiten des Versicherungsbetriebs; hierzu gehören vor allem die Bestandsverwaltung (Antrags- und Vertragsbearbeitung), die Leistungs- und Schadenbearbeitung sowie die Planung und die Steuerung des operativen Versicherungsbetriebs. Der Vertrieb über die haupt- und nebenberuflichen Vertreter sowie über Banken wird von der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG wahrgenommen. Die Vermögensanlage und -verwaltung wurde auf die Allianz Investment Management SE sowie in Teilbereichen unter anderem auf die PIMCO Deutschland GmbH, die Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH und die Allianz Real Estate GmbH übertragen.

Rechenzentrumsleistungen und informationstechnische Serviceleistungen sowie Drucktätigkeiten erhält die Allianz Private Krankenversicherungs-AG von der Allianz Deutschland AG, welche sich ihrerseits der Rechenzentrumsleistungen und informationstechnischen Serviceleistungen der Allianz Managed Operations & Services SE (AMOS) bedient. AMOS wiederum bezieht große Teile der von ihr zu erbringenden Dienstleistungen von externen Dienstleistern.

Finanzlage

Die Liquiditätsplanung als wesentlicher Teil der gesamten Finanzplanung basiert auf den Liquiditätsströmen, die sich vor allem aus den erwarteten Prämien, Schadenzahlungen, Kosten, Kapitalerträgen, Steuern sowie Ergebnisabführungen / Dividenden ergeben. Die strategische und taktische Kapitalanlageplanung wie auch die Eigenmittelplanung sind ein ebenso wesentliches Element. Liquidität fließt aus dem operativen Geschäft sowie aus den Kapitalanlagen

zu. Durch die Teilnahme der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG am konzernweiten Cash-Pool wird gewährleistet, dass überschüssige Liquidität zu marktüblichen Konditionen angelegt wird und kurzfristiger Liquiditätsbedarf ausgeglichen werden kann.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zur Unterstützung des Erfolgs unserer Erneuerungsagenda hat sich die Allianz Deutschland AG zu einer Unternehmenskultur verpflichtet, in der die erzielte Leistung („Was“) und das Miteinander („Wie“) gleichermaßen zählen (Inclusive Meritocracy). Sie basiert auf den vier People Attributes, die das Verhalten in den Unternehmen der Allianz weltweit, durch das wir unsere Unternehmensziele erreichen und das wir für die fortgesetzte Spitzenposition im Wettbewerb benötigen:

- Spitzenleistung für den Kunden und im Marktvergleich
- Teamorientierte Führung
- Unternehmerisches Denken und Handeln und
- Vertrauen

Die nachhaltige Implementierung dieser Verhaltensweisen im Unternehmen sowie motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind demnach Schlüssel zum Erfolg. Exzellente qualifizierte Mitarbeiter gewinnen und halten wir durch ein attraktives Arbeitsumfeld, durch (interne) Besetzung von Stellen sowie gezielte Förderung und nachhaltige Investition in das Können und Wissen unserer Mitarbeiter (zum Beispiel durch die Allianz Innendienst Akademie).

Wir setzen uns ein für eine konsequente und nachhaltige Förderung von Frauen in Führungspositionen. Die von uns festgelegten Zielgrößen für den Frauenanteil haben wir am Ende des Lageberichts im Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Absatz 4 i. V. m. Absatz 2 Nr. 4 HGB“ veröffentlicht.

Wir sind der Überzeugung, dass kooperative Zusammenarbeit und Führung zentrale Bausteine für den Erfolg und die Kultur unseres Unternehmens sind. Diese fördern wir durch neue Arbeitsformen und die Fortsetzung des Programms „Allianz in Führung“. Im Rahmen verschiedener Dialogformate rückt neben dem „Was“ auch das „Wie“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Teams. Hierdurch sowie durch die

ergänzende Implementierung von Feedbackinstrumenten (Multi Rater) wird der Weg für eine offene und ehrliche wechselseitige Kommunikation in unserem Unternehmen weiter geebnet.

Mit der vom Vorstand der Allianz Deutschland AG verabschiedeten Charta „Gesund Arbeiten & Gesund Führen“ schaffen wir Rahmenbedingungen unter anderem für die Wahrung der persönlichen Freiräume der Mitarbeiter im Einklang mit den betrieblichen Erfordernissen und vermitteln außerdem die erforderliche Sozialkompetenz für gesundes Arbeiten und Führen im Unternehmen.

Die Gesellschaft hat durch das Angebot, Mitarbeiteraktien der Allianz SE zu vergünstigten Konditionen zu erwerben, sowie im Rahmen einer variablen Vergütungskomponente ihre Mitarbeiter auch 2016 am Unternehmenserfolg beteiligt.

Anzahl der Beschäftigten

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG beschäftigte im Jahr 2016 durchschnittlich 500 (499) Mitarbeiter.

Zahlen und Fakten

		2016	2015	2014
Mitarbeiter¹		500	499	490
Im Innendienst		436	436	425
davon Stammpersonal		413	411	402
davon Auszubildende		–	–	–
davon sonstige Mitarbeiter in Ausbildung		23	25	22
davon Aushilfen		–	–	1
Im angestellten Außendienst		64	63	65
davon Stammpersonal		64	63	65
Anteil Frauen	%	53	54	54
Anteil Männer	%	47	46	46
Anteil Vollzeitmitarbeiter im Innendienst	%	75	77	79
Anteil Teilzeitmitarbeiter im Innendienst	%	25	23	21
Anteil Akademiker	%	46	45	46
Alter (Durchschnitt in Jahren)		43,3	42,9	43,1
Konzernzugehörigkeit (Durchschnitt in Jahren)		14,7	14,4	14,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mio €	41,7	39,4	37,7
Soziale Abgaben	Mio €	5,2	5,0	5,1
Aufwand für Altersversorgung	Mio €	3,5	1,4	2,9
Aufwand für Unterstützungszahlungen	Mio €	0,0	0,0	0,0

¹ Jahresdurchschnitt; einschließlich ruhender Arbeitsverhältnisse

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter betragen im Berichtsjahr 41,7 (39,4) Millionen Euro. Die Summe aus sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung belief sich auf 8,7 (6,4) Millionen Euro. Darin sind neben der betrieblichen Altersversorgung auch die Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Sozialversicherung enthalten.

Dank an Beschäftigte und Arbeitnehmervertreter

Der Vorstand dankt den Mitarbeitern für ihren großen Einsatz sowie ihre hohe Leistungsbereitschaft und Kompetenz. Auch den Arbeitnehmervertretern in den Betriebsratsgremien gilt der Dank für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Risikobericht

Risikostrategie

Das Risikomanagement der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG ist auf Wertschöpfung ausgerichtet. Zur Erzielung von Ertrag für die Kunden und den Aktionär ist die Allianz Private Krankenversicherungs-AG bei kalkuliertem Risiko bereit, Risiken in ihrem Kerngeschäft, der Krankenversicherung, einzugehen und zu akzeptieren.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Vorstand der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG unter Berücksichtigung der regulatorischen Vorgaben sowie der Vorgaben der Allianz SE und der Allianz Deutschland AG auf eine grundsätzlich konservative Risikoneigung verständigt.

Prinzipien des Risikomanagements

Als Finanzdienstleistungsunternehmen erachtet die Allianz Private Krankenversicherungs-AG das Risikomanagement als eine ihrer Kernkompetenzen. Es ist daher ein integraler Bestandteil des Geschäftsprozesses der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG. Das Risikomanagementsystem deckt mit seinem risikoorientierten Ansatz alle Risikodimensionen ab. Die Hauptelemente des Risikomanagementsystems sind:

- Förderung einer starken Risikomanagementkultur, die von einer angemessenen

Risikoorganisation und effektiven Risikoprinzipien (Risk Governance) getragen wird.

- Anwendung einer umfassenden Risikokapitalbe-
rechnung, um die Kapitalbasis zu schützen und ein
effektives Kapitalmanagement zu unterstützen.
- Implementierung und Koordination notwendiger
Kontrollumfelder sowie deren Dokumentation
für risikorelevante Prozesse und darin enthaltene
relevante Risiken.
- Einbeziehung von Risikoerwägungen und Kapital-
bedarf in den Entscheidungs- und Management-
prozess.

Dieser umfassende Ansatz stellt sicher, dass Risiken angemessen identifiziert, analysiert und bewertet werden. Die Risikoneigung wird durch eine klare Risikostrategie und ein Limitsystem definiert. Eine strenge Risikoüberwachung und die entsprechende Berichterstattung ermöglichen es, frühzeitig Limitauslastungen zu erkennen und darauf zu reagieren.

Risikoorganisation

Die zentrale und unabhängige Risikomanagementfunktion der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG wird von einer organisatorischen Einheit innerhalb der Allianz Deutschland AG unter Leitung des Chief Risk Officers im Auftrag des Vorstands der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG wahrgenommen. Dadurch wird Know-how gebündelt, und Ressourcen können effizient genutzt werden. Die zentrale und unabhängige Risikomanagementfunktion überwacht nicht nur die Risiken systematisch mit qualitativen und quantitativen Risikoanalysen und -bewertungen, sondern prüft auch Handlungsalternativen und spricht Empfehlungen an die Geschäftseinheiten beziehungsweise den Vorstand aus. Durch die Einbeziehung des Vorstands der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG in das regelmäßige und das Ad-hoc-Reporting des Chief Risk Officers ist gewährleistet, dass der Vorstand über die aktuelle Risikosituation der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG entsprechend informiert ist.

Zum laufenden Austausch bezüglich der Risikosituation ist ein Risk Committee installiert, dem mindestens zwei Mitglieder des Vorstands angehören.

Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Risikoidentifikation, -bewertung und -steuerung mit Analysen und Empfehlungen im Rahmen seiner in der Geschäftsordnung festgeschriebenen Aufgaben und Kompetenzen.

Die für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG zuständige zentrale Risikomanagementfunktion der Allianz Deutschland AG ist in die Risikosteuerung der Allianz SE eingebunden. Die für das Risikomanagement der Allianz SE zuständige Einheit Group Risk ist Kontrollinstanz für das Risikomanagement der Allianz Deutschland AG.

Das zentrale Risikomanagement der Allianz Deutschland AG sieht hierbei die von der Allianz SE vorgegebene Group Risk Policy sowie die Allianz Standards und Modellierungsvorgaben ebenso wie die Leitlinie für das Risikomanagement der Allianz Deutschland AG sowie die Risikostrategie der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG als verbindlich an.

Sonstige Maßnahmen des Risikomanagements

Um das Risiko wesentlicher Fehler in der Finanzberichterstattung zu vermindern, haben die Versicherungsunternehmen der Allianz Deutschland AG im Rahmen des Kontrollumfelds zur Finanzberichterstattung (Internal Control over Financial Reporting: ICOFR) umfassende interne Kontrollen implementiert. Dieses Kontrollsystem umfasst sämtliche Komponenten der Finanzberichterstattung. Die Funktionsfähigkeit des ICOFR wurde für den Berichtszeitraum geprüft und als gegeben angesehen.

Erfüllung der Anforderungen von Solvency II

Die Erfüllung der Anforderungen von Solvency II hat für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG einen hohen Stellenwert. Dies gilt gleichermaßen sowohl für die Solvabilitätskapitalanforderung als auch für die Anforderungen an das Governance-System. Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG stellt sicher, dass das Richtlinienwesen (unter anderem die Leitlinie für das Risikomanagement und die Risikostrategie) den aktuellen Anforderungen von Solvency II entspricht.

Die Schlüsselfunktionen Versicherungsmathematische Funktion, Risikomanagement- und Compliance-Funktion sowie Interne Revision stellen einen integralen Bestandteil des Governance-Systems dar, welches regelmäßig überprüft wird. Ferner wurden die Leitlinien für die Schlüsselfunktionen im Jahr 2016 aktualisiert. Neben diesen vier Schlüsselfunktionen, deren Einrichtung per Gesetz verpflichtend ist, wurden die beiden Bereiche Recht und Financial Reporting/Rechnungswesen als weitere Schlüsselfunktionen definiert.

Der Bericht über die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment) ist als Prozess aufgesetzt und wird vom Vorstand der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG als zentrales Element des Risikomanagements gesehen. Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit ist hier ein wesentlicher Bestandteil. Die Ergebnisse des Own Risk and Solvency Assessment 2016 für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG stützen die Überzeugung, dass das Risikomanagementsystem der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG geeignet ist, Risiken klar zu identifizieren und zu bewerten sowie diese sowohl kurz- als auch langfristig zu steuern. Die Risikokapitalberechnung für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG erfolgt auf Basis des von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten internen Modells der Allianz Gruppe.

Neben der Berichterstattung in schriftlicher Form – dem Bericht über Solvabilität und Finanzlage (Solvency and Financial Condition Report), dem regelmäßigen aufsichtlichen Bericht (Regular Supervisory Report) sowie dem Bericht über die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment) – enthalten die Solvency-II-Regeln auch umfangreiche Anforderungen zur quartalsweisen quantitativen Berichterstattung gemäß Artikel 304 der Delegierten Verordnung 2015/35. Diese quantitativen Berichtsformulare („Quantitative Reporting Templates“) dienen der Erläuterung und Ergänzung der vorgenannten Berichte und damit der Steigerung der Transparenz. Die quartalsweisen und zum Jahresende die jährlichen quantitativen Berichtsformulare sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu übermitteln. Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG ist beziehungsweise wird diesen Anforderungen für das Geschäftsjahr 2016 vollumfänglich nachkommen. Zudem wurden einmalig zum Stichtag 1. Januar 2016 weitere quantitative Berichtsformulare

im Rahmen des „Day 1 Reporting“ an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht übersendet.

Relevante Risiken

Gegenwärtig sind folgende Risikokategorien für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG relevant:

Strategisches Risiko

Strategische Risiken sind Risiken, die sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen und den zugrunde liegenden Annahmen ergeben. Hierzu zählt auch das Risiko, dass Geschäftsentscheidungen nicht an ein geändertes Wirtschaftsumfeld oder Kundenverhalten angepasst werden. Strategische Risiken sind in der Regel Risiken, die im Zusammenhang mit anderen Risiken auftreten. Sie können aber auch als Einzelrisiken auftreten.

Strategische Risiken werden ausschließlich qualitativ im Rahmen des Top Risk Assessments bewertet.

Marktrisiko

Marktrisiken sind Risiken, die sich aus Kursschwankungen an den Kapitalmärkten ergeben, insbesondere für Aktien, Rentenpapiere (Bonds), Immobilien und für sonstige Ausleihungen. Dies beinhaltet auch Veränderungen der Marktpreise, die durch eine Verschlechterung der Marktliquidität und -volatilitäten entstehen, und aufgrund des weltweiten Anlagepektrums Währungs- und Wechselkursrisiken. Zudem sind Inflationsrisiken eingeschlossen.

Darüber hinaus sind auch Konzentrationsrisiken Teil der Marktrisiken. Diese ergeben sich aus sämtlichen Engagements mit einem Ausfallpotenzial, das umfangreich genug ist, um die Solvabilität oder die Finanzlage des Unternehmens zu gefährden.

Marktrisiken werden im Wesentlichen über Limite und Vorgaben für das strategische Zielportfolio gesteuert. Das strategische Zielportfolio reflektiert die Struktur der Verbindlichkeiten, insbesondere die der versicherungstechnischen Rückstellungen, berücksichtigt Kapitalrestriktionen, Solvabilitätskapitalanforderungen und Renditegesichtspunkte sowie zukünftiges Geschäft und stellt Robustheit gegenüber adversen Szenarien sicher. Darüber hinaus wird die Steuerung auch auf aufsichtsrechtliche Vorgaben ausgerichtet.

Das Kapitalanlagemanagement ist an die Allianz Investment Management SE ausgelagert, um Effektivitäts- und Effizienzvorteile zu nutzen. Durch das dadurch erzielte umfangreiche hohe Know-how sind die Marktrisiken besser beherrschbar. Gleichwohl wird in allen Prozessen, Richtlinien und Entscheidungen die uneingeschränkte Risikoverantwortung der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG berücksichtigt. Das lokale Investment Committee nimmt hierbei die Rolle einer internen Einheit innerhalb der Gesellschaft wahr, die die Schnittstelle zum Dienstleister bildet und insbesondere für Steuerung und Überwachung des Dienstleisters und der ausgelagerten Tätigkeiten verantwortlich ist (Retained Organisation). Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG ist darin durch die Vorstandsvorsitzende und den Finanzvorstand vertreten.

Niedrigzinsphase

In der privaten Krankenversicherung werden die Beiträge so kalkuliert, dass sie durch Alterung eines Versicherten nicht steigen. Dazu wird nach dem sogenannten Kapitaldeckungsverfahren ein Kapitalstock aufgebaut, mit dem im Alter die kalkulatorischen Beiträge der Versicherten bezuschusst werden. Die Zuführungen zu diesem Kapitalstock ergeben sich dabei aus dem Äquivalenzprinzip. Dieses bedeutet, dass der Barwert der zu leistenden Beiträge dem Barwert der erwarteten Leistungsausgaben zuzüglich Kosten- und Sicherheitszuschlag entsprechen muss. Wenn die angenommene Verzinsung des Kapitalstocks in lang anhaltenden Niedrigzinsphasen nicht mehr erwirtschaftet werden kann, reicht er nicht mehr zur Abdeckung der steigenden Leistungen aus. Die Deckungslücke wird dann durch Beitragsanpassungen geschlossen.

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG nimmt regelmäßige Marktbeobachtungen vor, führt Analysen zum Zinsumfeld durch und richtet ihre Anlagestrategie kontinuierlich auf die veränderten Verhältnisse aus. Im Jahr 2016 konnte die Allianz Private Krankenversicherungs-AG eine Nettoverzinsung von 4,1 (4,0) Prozent realisieren.

Kreditrisiko

Kreditrisiken sind Risiken, die aufgrund eines unerwarteten Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Geschäftspartners entstehen. Kreditrisiken resultieren daher für die Allianz Private Kranken-

versicherungs-AG einerseits aus Kapitalanlagen (Investments) und Transaktionen im Bereich der Derivate und andererseits aus dem Ausfall von Beitragseinnahmen und dem Ausfall von Forderungen an Vermittler und Makler.

Die größten Einzelrisiken lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin bei Banken und einzelnen Staaten.

Insgesamt beträgt der Anteil festverzinslicher Kapitalanlagen im Portfolio 84,3 (86,6) Prozent; davon sind 36,4 (41,5) Prozent bei deutschen Emittenten investiert. Diese Investments bestehen zu 53,4 (52,2) Prozent aus deutschen Pfandbriefen und zu 27,1 (25,6) Prozent aus deutschen Staatsanleihen. Ausfallrisiken werden über ein lokales Limitsystem gesteuert. Die Kumulkontrolle sorgt zudem für die effektive Begrenzung der Risiken zu großer Einzelinvestments in Sektoren und Ländern.

Versicherungstechnisches Risiko

Versicherungstechnische Risiken sind Risiken, die aufgrund der Abweichung der tatsächlichen Versicherungsereignisse von den in der Tarifierung erwarteten Ereignissen entstehen.

So stellen für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG Sterblichkeits- und Morbiditätsrisiken die relevanten versicherungstechnischen beziehungsweise biometrischen Risiken dar.

Die biometrischen Risiken der privaten Krankenversicherer werden durch das Änderungs- und das Zufallsrisiko bestimmt. Das Änderungsrisiko wird minimiert, indem die kalkulierten Versicherungsleistungen gemäß den gesetzlichen Vorschriften jährlich mit den tatsächlichen Leistungen verglichen werden. Sofern die sogenannten auslösenden Faktoren einen bestimmten Schwellenwert über- bzw. unterschreiten, werden bei nicht nur vorübergehender Schadenentwicklung alle weiteren Rechnungsgrundlagen überprüft und in Abstimmung mit einem unabhängigen mathematischen Treuhänder gegebenenfalls aktualisiert sowie die Beiträge entsprechend den Allgemeinen Versicherungsbedingungen angepasst.

Zufallsrisiken im Verlauf des Gesamtschadens sind in der Beitragskalkulation durch entsprechende Sicherheiten berücksichtigt. Außerdem haben sie

durch den Kollektivausgleich in den großen Beständen der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG nur geringen Einfluss. Weiterhin wird durch eine EDV-unterstützte Risikoselektion auf Basis der unternehmensspezifischen Annahmerichtlinien Vorsorge für eine gute Risikostruktur des Bestands getroffen.

Durch den verantwortlichen Aktuar, die Vorlage beim Mathematischen Treuhänder und eine Pricing-Over-sicht in einem der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG zugeordneten zentralen Aktuarat wird eine methodisch adäquate Erstkalkulation der Prämien und Rückstellungen sichergestellt.

Geschäftsrisiko

Geschäftsrisiken sind Risiken, die sich aufgrund einer unerwarteten Änderung der Geschäftsvolumina, der Kostenentwicklung oder der Margen des zukünftigen Geschäfts ergeben. Dabei umfassen die Geschäftsrisiken auch die Stornorisiken.

Geschäftsrisiken werden unter anderem durch ein umfassendes Projektmanagement mitigiert. So erfolgt beispielsweise die Leitung sämtlicher Digitalisierungs- und Betriebsprogramme spartenübergreifend, womit die Gefahr der Realisation singulärer Sonderlösungen minimiert wird und übergreifende Herausforderungen zentral und gemeinschaftlich gelöst werden können.

Das Ziel der höchstmöglichen Beitragsstabilität ist ein wesentlicher Hebel zur Stornovermeidung.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken bezeichnen die Risiken von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiter- und systembedingten oder aber externen Vorfällen. Operationelle Risiken umfassen auch Compliance- und Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Die operationellen Risiken werden im Rahmen des Internen Kontrollsystems identifiziert und gesteuert.

Um aus vergangenen operativen Fehlern und Ereignissen zu lernen, werden die Mitarbeiter hierfür sensibilisiert, und es wird in der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG eine Fehlerkultur gefördert, die die offene Diskussion über operationelle Risiken und Verluste unterstützt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass die Allianz Private Krankenversicherungs-AG nicht über die notwendigen Barmittel verfügt beziehungsweise nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte in Geld umzuwandeln, um ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Ein Liquiditätsrisiko kann daher für die Allianz Private Krankenversicherungs-AG aus erwarteten und unerwarteten Zahlungsverpflichtungen entstehen. Es resultiert in erster Linie aus Zahlungsverpflichtungen aufgrund fälliger Versicherungsleistungen sowie weiterer Zahlungsverpflichtungen gegenüber Vertragspartnern. Ausbleibende Mittelrückflüsse aus Investitionen können gleichermaßen zu Liquiditätsengpässen führen.

Zu Einzelheiten der Liquiditätsplanung wird im Übrigen auf die Ausführungen zur Finanzlage auf Seite 10 verwiesen.

Die Risikoverantwortung verbleibt bei der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG. Aufgrund der Höhe der Prämieinnahmen und des zusätzlich großen Bestands an hoch liquiden Anlagen ist die Allianz Private Krankenversicherungs-AG in der Lage, ihren Leistungsverpflichtungen jederzeit vollumfänglich nachzukommen. Im Rahmen des Liquidity Risk Reporting der Allianz Gruppe erfolgt ein quartalsweiser Bericht über die aktuelle Liquiditätssituation der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG.

Reputationsrisiko

Reputationsrisiken sind Risiken, die sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (zum Beispiel bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) ergeben. Ebenso wie strategische Risiken sind Reputationsrisiken in der Regel Risiken, welche im Zusammenhang mit anderen Risiken auftreten.

Ein entsprechender Steuerungs- und Kontrollprozess zur Identifikation, Bewertung und Mitigierung des Reputationsrisikos ist installiert. Zur Identifikation von Reputationsrisiken arbeiten sämtliche betroffenen Funktionen auf Konzern- und lokaler Ebene eng zusammen.

Bewertung der Risiken

Die Risikokategorien werden bei der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG qualitativ im Rahmen des Top Risk Assessments bewertet und im internen Modell quantifiziert. Das Liquiditätsrisiko, das Reputationsrisiko und das strategische Risiko werden ausschließlich qualitativ bewertet.

Das Konzentrationsrisiko und Emerging Risks (neu entstehende Risiken) werden nicht als separate Risikokategorien verstanden, sondern als Querschnittsthemen im Rahmen aller Kategorien betrachtet.

Risikosituation

Die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Solvency II) wurden in jedem Quartal mit sehr gutem Ergebnis erfüllt. Die aktuelle Risikosituation liegt weit innerhalb der Risikotragfähigkeit des Unternehmens. Die Solvabilitätsquote zum 31. Dezember 2016 kann dem Bericht über Solvabilität und Finanzlage (Solvency and Financial Condition Report) der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG entnommen werden¹.

Nachtragsbericht

Zu den Vorgängen nach Schluss des Geschäftsjahrs bis zur Vorstandssitzung wird auf Seite 48 im Anhang Stellung genommen.

Prognose- und Chancenbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2017 wird sich der verhaltene Aufschwung der Weltwirtschaft fortsetzen. Dafür sprechen die solide Entwicklung in Europa und den USA – getragen vornehmlich von der Binnennachfrage – sowie die Erholung in wichtigen Schwellenländern wie Brasilien und Russland. Auch die Finanzierungsbedingungen werden weiterhin sehr günstig bleiben, auch wenn die Zinsen ihren langsamen Anstieg, getragen von höheren Inflationserwartungen, 2017 fortsetzen dürften. Für die Geldpolitik dies- und jenseits des

Atlantiks wird dies aber keine Veranlassung geben, ihren extrem vorsichtigen Kurs der nur schrittweisen Normalisierung aufzugeben.

Die große Unbekannte bildet 2017 wieder einmal die Politik. Die unterschiedlichen, sowohl stimulierenden als auch belastenden Maßnahmen der Trump-Administration bleiben weiterhin ein Unsicherheitsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere mit Blick auf den Welthandel. Gleiches gilt für das Brexit-Votum: Mit dem voraussichtlichen Beginn der Austrittsverhandlungen könnten die damit verbundenen Risiken wieder stärker in den Vordergrund treten. Und schließlich stehen in Frankreich und Deutschland wichtige Wahlen an, die die Statik der EU grundlegend verändern könnten. Die Politik dürfte also auch 2017 für große Überraschungen gut sein, im Positiven wie im Negativen.

Insgesamt rechnet Allianz Economic Research jedoch damit, dass die deutsche Wirtschaft 2017 ihre Aufwärtsentwicklung fortsetzen wird. Allerdings wird insbesondere der konjunkturelle Impuls des Rohstoffpreisverfalls tendenziell abnehmen. Ohne weitere Stärkung der Kaufkraft wird aber der Konsum als treibende Kraft der Binnenkonjunktur an Schwung verlieren. 2017 wird das Wirtschaftswachstum daher mit einer Zuwachsrate von 1,7 Prozent insgesamt auch wieder etwas schwächer ausfallen.

Prognose für die deutsche Versicherungswirtschaft

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) rechnet für das Jahr 2017 über alle Versicherungssparten hinweg mit einem leichten Anstieg des Beitragsaufkommens um etwa 1,0 Prozent.

Für die private Krankenversicherung erwartet der GDV für das Jahr 2017 ein Beitragswachstum von 2,5 Prozent, überwiegend getrieben durch höhere Beitragsanpassungen zu Jahresbeginn. Hierfür sind notwendige Absenkungen des Rechnungszinses in Kombination mit gestiegenen Leistungsausgaben sowie die Ausweitung der Leistungsversprechen in der Pflegeversicherung im Rahmen der Pflegereform verantwortlich. Gleichzeitig wird der Bestand an vollversicherten Personen stagnieren. Im kommenden Jahr werden die Leistungsausgaben weiter zulegen.

¹ Der Bericht steht ab dem 22. Mai 2017 auf der Internetseite der Allianz zur Verfügung.

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Rechtliche Rahmenbedingungen

Solvency II

Die Anpassung der VAG-Verordnungen an die geänderten aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen des VAG 2016 wird im Jahr 2017 vom Bundesministerium der Finanzen fortgesetzt werden.

EU-Richtlinie über Versicherungsvertrieb (IDD-Richtlinie) und die Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsprodukte (PRIIP-Verordnung)

Die EU-Richtlinie über den Versicherungsvertrieb (Insurance Distribution Directive, IDD-Richtlinie) ist am 22. Februar 2016 in Kraft getreten und ersetzt die Versicherungsvermittlungs-Richtlinie von 2002. Die Mitgliedsstaaten müssen die IDD-Richtlinie bis zum 23. Februar 2018 umsetzen. Das Bundeskabinett hat hierfür am 18. Januar 2017 einen Gesetzesentwurf beschlossen, mit dem Änderungen der Gewerbeordnung, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Versicherungsvertragsgesetzes vorgenommen werden sollen. Der Gesetzesentwurf sieht die Verankerung eines Sondervergütungsverbot im Versicherungsaufsichtsgesetz und der Gewerbeordnung vor. Das Sondervergütungsverbot gilt jedoch nicht, soweit die Sondervergütung zur dauerhaften Leistungserhöhung oder Prämienreduzierung des vermittelten Vertrags verwendet wird. Ebenfalls hervorzuheben sind die Novellierung der Versicherungsberatung durch den Versicherungsberater, ein Honorarannahmeverbot für Versicherungsvertreter und -makler bei Verbrauchern, die Einführung eines Versicherer-internen obligatorischen Produktfreigabeverfahrens mit einer Zielmarktdefinition sowie eine Aus- und Fortbildungsverpflichtung für Versicherungsvermittler und ihre Angestellten. Ferner sieht der Entwurf vor, dass die bisherige Beratungsfreiheit für Versicherer bei der Vermittlung über Makler sowie im Fernabsatzgeschäft gestrichen wird. Versicherer sollen darüber hinaus weiterhin eine Gebühr oder Provision an Versicherungsvermittler zahlen dürfen, sofern sich diese nicht nachteilig auf die Qualität der Dienstleistung für den Kunden auswirkt und nicht die Verpflichtung beeinträchtigt, im besten Interesse des Kunden ehrlich, redlich und professionell zu handeln. Weitere kon-

krete Ausgestaltungen der Neuregelungen sind durch den Erlass von Rechtsverordnungen vorgesehen.

Die EU-Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (Packaged Retail and Insurance-based Investment Products, PRIIP-Verordnung) ist am 29. Dezember 2014 in Kraft getreten. Die PRIIP-Verordnung führt das sogenannte Basisinformationsblatt ein, das den Kleinanleger auf leichte und verständliche Art und Weise mit den wesentlichen Informationen über das Produkt versorgen soll. Da das EU-Parlament die technischen Regulierungsstandards zu den Basisinformationsblättern am 14. September 2016 abgelehnt hat, wurde der Anwendungstermin der PRIIP-Verordnung um zwölf Monate auf den 1. Januar 2018 verschoben.

EU-Datenschutz-Grundverordnung

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung ist am 25. Mai 2016 in Kraft getreten. Sie wird die seit 1995 geltende Datenschutz-Richtlinie ablösen und ab dem 25. Mai 2018 unmittelbar geltendes Recht in allen EU-Mitgliedsstaaten darstellen. Die EU-Datenschutz-Grundverordnung dient der Gewährleistung eines gleichmäßigen und hohen Datenschutzniveaus für natürliche Personen in allen Mitgliedsstaaten. Um dieses Ziel sicherzustellen, wird der Europäische Datenschutzausschuss als neue EU-Behörde mit umfangreichen Befugnissen geschaffen. Das Bundesministerium des Innern hat am 24. November 2016 einen Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die EU-Datenschutz-Grundverordnung vorgelegt.

Auf die kommenden gesetzlichen Anforderungen bereitet sich die Allianz Deutschland Gruppe umfassend vor.

Gesundheitspolitische Rahmenbedingungen

Anhebung Versicherungspflichtgrenze zum 1. Januar 2017

Zum 1. Januar 2017 wurde die Versicherungspflichtgrenze, die Gehaltshöhe, ab der Arbeitnehmer in die PKV wechseln können, von monatlich 4 687,50 Euro auf 4 800,00 Euro angehoben. Damit sinkt die Zahl der Arbeitnehmer, die sich für die PKV-Vollversicherung entscheiden können. Künftige Gehaltserhöhungen werden diesen Effekt wieder ausgleichen.

Bundestagswahlkampf 2017: Diskussion um Bürgerversicherung kann potenzielle PKV-Neukunden verunsichern

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE propagieren im Wahlkampf gesundheitspolitisch die Bürgerversicherung. Obwohl deren Realisierung eher unwahrscheinlich ist und ohnehin keinerlei negative Auswirkungen auf Versicherte in der PKV drohen würden, könnte das politische Ziel einer Bürgerversicherung Interessenten von einem Wechsel von der GKV zur PKV abhalten.

Offene Gesetzgebungsverfahren im Wahljahr: Kaum Folgen für die PKV zu erwarten

Die Große Koalition hat im Gesundheitswesen nur noch einige Regelungsbereiche aus dem Koalitionsvertrag offen. Von den 2017 noch ausstehenden Gesetzgebungsverfahren (zum Beispiel Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz, Pflegeberufe-Reformgesetz, Drittes Pflegestärkungsgesetz, Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung) sind keine Folgen für das PKV-Geschäftsmodell oder die PKV-Wettbewerbsposition gegenüber der GKV zu erwarten.

GOÄ-Reform

PKV-Verband, Beihilfe und Bundesärztekammer beabsichtigen, den Parteien 2017 einen abgestimmten Entwurf für eine Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) vorzulegen. Ziel der neuen GOÄ ist es, moderne medizinische Leistungen in der Gebührenordnung abzubilden und so das Abrechnungsgeschehen für Patienten nachvollziehbarer und transparenter zu machen.

Prognose 2018

Die weitere Entwicklung der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen für die PKV hängen sehr stark vom Ergebnis der Bundestagswahl 2017 ab. Belastbare Prognosen sind derzeit nicht möglich.

Geschäftsentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2017 rechnet die Allianz Private Krankenversicherungs-AG mit einem etwas stärkeren Anstieg der Beitragseinnahmen als in den Jahren zuvor. Dies liegt insbesondere an notwendigen Beitragsanpassungen, die im Wesentlichen auf Kostensteigerungen im Gesundheitswesen zurückzuführen sind.

Im Neugeschäft der Vollversicherung prognostiziert der GDV für das Jahr 2017 aufgrund der Preisanpassungen sowie des beschränkten Zugangs zur PKV (Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze) ein rückläufiges Wachstumspotenzial. Dennoch erwartet die Allianz Private Krankenversicherungs-AG dank des leistungsfähigen Produktangebots sowie der hervorragenden Aufstellung des Vertriebs erneut eine Steigerung des Neugeschäfts. Für die Zusatzversicherung sieht der GDV die Geschäftsaussichten optimistischer. Auch die Allianz Private Krankenversicherungs-AG rechnet mit einem leichten Anstieg des Neugeschäfts im laufenden Geschäftsjahr.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle dürften den hohen Wert des Jahres 2016 nochmals übertreffen. Verantwortlich hierfür sind die jährlichen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sowie hohe Investitionen in zukünftige IT-Systeme. Trotz der weiter rückläufigen Zuführung zur Deckungsrückstellung aus den Beiträgen ist insgesamt ein höherer Schadenaufwand aufgrund steigender Schadenzahlungen für das Jahr 2017 zu erwarten.

Die sicherheitsorientierte Kapitalanlagestrategie wird fortgesetzt. Dabei wird weiterhin auf die große Expertise der Allianz Gruppe bei der Kapitalanlage im In- und Ausland gesetzt. Um die Abhängigkeit von der Kapitalmarktentwicklung zu reduzieren sowie das Kapitalanlagenportfolio der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG weiter zu diversifizieren, ist vorgesehen, den Anteil der Investments in Infrastruktur und in erneuerbare Energien sowie die Direktvergabe von Krediten und Darlehen weiter auszubauen. Weiterhin werden Immobilien als eine interessante Anlageklasse angesehen, die risikoadjustiert attraktive Renditen sowie einen gewissen Inflationsschutz bietet.

Für das Jahr 2017 wird aufgrund von Volumenausweitungen und avisierten Gewinnrealisierungen von einem Kapitalanlagenergebnis ausgegangen, das leicht über dem des abgelaufenen Geschäftsjahrs liegt.

Sofern keine weiteren negativen Entwicklungen an den Kapitalmärkten das Ergebnis beeinflussen, wird für das Jahr 2017 eine Ergebnisabführung erwartet, die über dem Niveau des Vorjahrs liegt.

Die im Risikobericht genannten Risiken werden vom Unternehmen bewusst eingegangen mit dem Ziel, die darin enthaltenen Chancen zu nutzen. Zum Beispiel geht die Allianz Private Krankenversicherungs-AG auf dem Kapitalmarkt gewisse Risiken ein, um attraktive Renditen zu erzielen. Die aktive Risikosteuerung erlaubt es, diese Chance zu nutzen und dabei gleichzeitig die Risiken unter Kontrolle zu halten.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Absatz 4 i. V. m. Absatz 2 Nr. 4 HGB

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat die Allianz Private Krankenversicherungs-AG nachstehende Zielgrößen für den Frauenanteil festgelegt. Als Frist für die Erreichung aller Zielgrößen wurde einheitlich der 30. Juni 2017 festgesetzt.

– Die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat beträgt 30 Prozent. Zum 31. Dezember 2016 liegt der Frauenanteil bei 33 Prozent und damit über dem festgesetzten Zielwert.

– Die Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand beträgt 20 Prozent. Zum 31. Dezember 2016 liegt der Frauenanteil bei 20 Prozent und entspricht damit dem Zielwert.

– Die Zielgröße für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands beträgt 20 Prozent. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Frauenanteil 14 Prozent.

– Die Zielgröße für den Frauenanteil in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands beträgt 23 Prozent. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Frauenanteil 22 Prozent.

Dabei geht es jedoch nicht primär um die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben. Ein Unternehmen kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn Frauen gleichberechtigt gefördert und leistungsbezogen in Führungspositionen eingesetzt werden. Daher hat sich die Allianz Private Krankenversicherungs-AG schon frühzeitig zur Förderung der Vielfalt im Unternehmen verpflichtet, entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen, Personalprozesse danach ausgerichtet und verschiedene Maßnahmen ergriffen. Diese reichen von Angeboten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einem Talent Management mit Sponsorship- und Mentoring-Programmen bis hin zu „Unconscious Bias“-Trainings, in denen insbesondere Führungskräfte im Hinblick auf unbewusste Vorurteile bei Bewerbungs- und Mitarbeitergesprächen sensibilisiert werden.

München, 10. Februar 2017

Allianz Private Krankenversicherungs-AG
Der Vorstand



Dr. König



Bahr



Dr. Esser



Keese



Müller



Dr. Wiesemann

Betriebene Versicherungsarten

Krankheitskostenvollversicherung

Krankentagegeldversicherung

Krankenhaustagegeldversicherung

Krankheitskostenteilversicherung

Pflegepflichtversicherung

Ergänzende Pflegezusatzversicherung

Geförderte Pflegevorsorgeversicherung

Auslandsreisekrankenversicherung

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Soweit wir in diesem Geschäftsbericht Prognosen oder Erwartungen äußern oder die Zukunft betreffende Aussagen machen, können diese Aussagen mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation, vor allem in Allianz Kerngeschäftsfeldern und -märkten, aus Akquisitionen sowie der anschließenden Integration von Unternehmen und aus Restrukturierungsmaßnahmen ergeben. Abweichungen können außerdem aus dem Ausmaß oder der Häufigkeit von Versicherungsfällen (zum Beispiel durch Naturkatastrophen), der Entwicklung von Schadenkosten, Stornoraten, Sterblichkeits- und Krankheitsraten beziehungsweise -tendenzen und, insbesondere im Kapitalanlagebereich, aus dem Ausfall von Kreditnehmern und sonstigen Schuldnern resultieren. Auch die Entwicklungen der Finanzmärkte (zum Beispiel Marktschwankungen oder Kreditausfälle) und der Wechselkurse sowie nationale und internationale Gesetzesänderungen, insbesondere hinsichtlich steuerlicher Regelungen, können entsprechenden Einfluss haben. Terroranschläge und deren Folgen können die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Abweichungen erhöhen. Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, Zukunftsaussagen zu aktualisieren.

Jahresabschluss

24	Bilanz
26	Gewinn- und Verlustrechnung
28	Anhang
32	Angaben zu den Aktiva
39	Angaben zu den Passiva
43	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
46	Sonstige Angaben

Bilanz zum 31. Dezember 2016

	Anhang Anmerkung Nr.	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2015 Tsd €
AKTIVA						
A	Immaterielle Vermögensgegenstände	1				
I	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			111 457		78 644
II	Geleistete Anzahlungen			32 913		32 011
					144 370	110 655
B	Kapitalanlagen	1, 4				
I	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2		179 938		180 742
II	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1	Anteile an verbundenen Unternehmen	3	1 707 903			1 305 066
2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen		453 679			372 224
3	Beteiligungen	3	84 803			87 119
4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		60 645			117 154
				2 307 030		1 881 563
III	Sonstige Kapitalanlagen					
1	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		17 106 714			15 978 187
2	Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen		932 246			959 850
3	Sonstige Ausleihungen					
a	Namenschuldverschreibungen	5 756 924				6 205 319
b	Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 040 400				987 947
			6 797 324			7 193 266
4	Andere Kapitalanlagen		–			2 090
				24 836 284		24 133 393
					27 323 252	26 195 698
C	Forderungen					
I	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft					
1	Versicherungsnehmer		23 146			27 664
2	Versicherungsvermittler		208			186
				23 354		27 850
II	Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft				15	–
	davon an verbundene Unternehmen: 15 (–) Tsd €					
III	Sonstige Forderungen			198 121		110 524
	davon an verbundene Unternehmen: 97 715 (62 612) Tsd €					
					221 490	138 374

	Anhang Anmerkung Nr.	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2015 Tsd €
D	Sonstige Vermögensgegenstände					
I	Sachanlagen und Vorräte			173		208
II	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1 875		166 195
III	Andere Vermögensgegenstände			2 845		2 870
					4 893	169 273
E	Rechnungsabgrenzungsposten					
	Abgegrenzte Zinsen und Mieten			166 024		174 052
					166 024	174 052
F	Aktive latente Steuerumlage	5			35 874	36 311
G	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				627	–
	Summe Aktiva				27 896 530	26 824 363

	Anhang Anmerkung Nr.	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2015 Tsd €
PASSIVA					
A Eigenkapital					
I	Gezeichnetes Kapital	6	150 000		150 000
II	Kapitalrücklage	7	72 134		72 134
III	Gewinnrücklagen	8			
1	Gesetzliche Rücklage		7 716		7 716
2	Andere Gewinnrücklagen		157 881		157 881
			165 597		165 597
IV	Jahresüberschuss		-		-
				387 731	387 731
B Versicherungstechnische Rückstellungen					
I	Beitragsüberträge				
1	Bruttobetrag		9 647		9 121
2	davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		- 1 634		-
			8 013		9 121
II	Deckungsrückstellung – Bruttobetrag	9	24 503 480		23 488 698
III	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	10			
1	Bruttobetrag		680 742		671 629
2	davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		- 896		-
			679 846		671 629
IV	Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	11			
1	erfolgsabhängige – Bruttobetrag		1 870 268		1 796 696
2	erfolgsunabhängige – Bruttobetrag		62 869		69 248
			1 933 137		1 865 944
V	Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen – Bruttobetrag		9 938		10 869
				27 134 414	26 046 261

	Anhang Anmerkung Nr.	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2015 Tsd €
C	Andere Rückstellungen				
I	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12	641		889
II	Steuerrückstellungen		33 845		7 263
III	Sonstige Rückstellungen	13	47 745		44 328
				82 231	52 480
D	Andere Verbindlichkeiten				
I	Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1	Versicherungsnehmern	14	108 033		110 521
2	Versicherungsvermittlern		157		147
			108 190		110 668
II	Sonstige Verbindlichkeiten	15	183 962		227 216
	davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 170 760 (208 227) Tsd € aus Steuern: 937 (858) Tsd € im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1 (1) Tsd €				
				292 152	337 884
E	Rechnungsabgrenzungsposten			2	7
	Summe Passiva			27 896 530	26 824 363

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 156 (2) Nummer 1 des VAG berechnet worden ist.

München, den 24. Januar 2017

Rainer Frank
Der Verantwortliche Aktuar

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 (5) VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

München, den 7. Februar 2017

Robert Freier
Der Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Anhang Anmerkung Nr.	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2015 Tsd €
I Versicherungstechnische Rechnung					
1 Verdiente Beiträge für eigene Rechnung	16				
a Gebuchte Bruttobeiträge		3 281 867			3 252 852
b Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		- 5 132			-
			3 276 735		3 252 852
c Veränderung der Bruttobeitragsüberträge			- 525		- 347
d Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen			1 634		-
				3 277 844	3 252 505
2 Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	17			222 963	323 258
3 Erträge aus Kapitalanlagen	18				
a Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 25 100 (16 241) Tsd €			35 143		23 440
b Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon aus verbundenen Unternehmen: 21 385 (17 553) Tsd €					
aa Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		15 219			14 895
bb Erträge aus anderen Kapitalanlagen		950 618			925 158
			965 837		940 053
c Erträge aus Zuschreibungen			47 468		803
d Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen			39 386		96 594
e Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen			32 980		46 636
				1 120 814	1 107 526
4 Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung				6 685	5 084
5 Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung					
a Zahlungen für Versicherungsfälle – Bruttobetrag		- 2 760 029			- 2 660 418
Anteil der Rückversicherer		2 525			-
			- 2 757 504		- 2 660 418
b Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle – Bruttobetrag		- 8 558			- 32 800
Anteil der Rückversicherer		896			-
			- 7 662		- 32 800
				- 2 765 166	- 2 693 218
6 Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen					
a Deckungsrückstellung – Bruttobetrag			- 1 014 783		- 1 062 679
b Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen			931		1 471
				- 1 013 852	- 1 061 208
7 Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung					
a erfolgsabhängige			- 385 519		- 369 029
b erfolgsunabhängige			- 22 033		- 19 463
				- 407 552	- 388 492
8 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung					
a Abschlussaufwendungen		- 218 455			- 212 601
b Verwaltungsaufwendungen		- 82 590			- 78 739
			- 301 045		- 291 340
c davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			1 027		-
				- 300 018	- 291 340

	Anhang Anmerkung Nr.	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2016 Tsd €	2015 Tsd €
9	Aufwendungen für Kapitalanlagen	18			
a	Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		- 19 411		- 18 895
b	Abschreibungen auf Kapitalanlagen	19	- 7 932		- 53 269
c	Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		- 2 618		- 271
d	Aufwendungen aus Verlustübernahme		- 179		-
				- 30 140	- 72 435
10	Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			- 10 248	- 5 810
11	Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			101 330	175 870
II	Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1	Sonstige Erträge		7 590		9 104
2	Sonstige Aufwendungen		- 11 318		- 12 152
				- 3 728	- 3 048
3	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			97 602	172 822
4	Außerordentliche Erträge	20	6		210
5	Außerordentliche Aufwendungen	20	- 11 184		- 28 809
6	Außerordentliches Ergebnis			- 11 178	- 28 599
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
	davon Konzernumlage: - 23 689 (- 55 507) Tsd €	21	7 401		- 39 665
8	Sonstige Steuern		- 325		- 558
				7 076	- 40 223
9	Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			- 93 500	- 104 000
10	Jahresüberschuss			-	-

Anhang

Angaben gemäß § 264 Absatz 1a HGB

Allianz Private Krankenversicherungs-AG
Königinstraße 28, 80802 München
Handelsregister B des Amtsgerichts München
HRB 2212

Maßgebliche Rechtsvorschriften

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG erstellt den Jahresabschluss und den Lagebericht nach Maßgabe der Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz, VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV).

Der Jahresabschluss wurde, sofern nicht anders angegeben, in Tausend Euro (Tsd €) aufgestellt.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Diese Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer, angesetzt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Wert bis 150 Euro werden sofort abgeschrieben. Für bewegliche Wirtschaftsgüter, die der selbstständigen Nutzung fähig sind, ab 150 Euro netto bis 1 000 Euro netto wird ein steuerlicher Sammelposten gemäß § 6 Absatz 2a EStG gebildet, der im Jahr der Bildung und den folgenden vier Jahren pauschal mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst wird.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Sie werden mit den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten, vermindert um plan- und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen

Sie werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und zu fortgeführten Anschaffungskosten oder dem niedrigeren auf Dauer beizulegenden Wert angesetzt. Abschreibungen werden vorgenommen, sofern am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert liegen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Unter diesem Posten werden Inhaberschuldverschreibungen, Grundschuldforderungen, Darlehen und Genussscheine geführt. Sie werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Abschreibungen werden vorgenommen, sofern am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert liegen.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Unter diesem Posten werden Darlehen geführt. Sie werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Abschreibungen werden vorgenommen, sofern am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert liegen.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die nach den Grundsätzen des Umlaufvermögens geführten Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet und mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren Marktwert angesetzt. Die nach den Vorschriften des Anlagevermögens bilanzierten Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Eine Zuordnung der Zweckbestimmung erfolgt bei Zugang der Kapitalanlage. Die Widmung wird jeweils bei Änderung der Anlagestrategie beziehungsweise bei geplanten Verkäufen geprüft. Diese Wertpapiere werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten oder einem niedrigeren langfristig beizulegenden Wert angesetzt. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen erfolgswirksam durchgeführt. Bei voraussichtlich vorübergehenden Wertminderungen besteht ein Abschreibungswahlrecht. Im Geschäftsjahr wird das Wahlrecht dahingehend in Anspruch genommen, dass die voraussichtlich vorübergehenden Wertminderungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorgenommen werden. Hieraus ergeben sich stille Lasten. Weitere Informationen finden sich im Anhang in der Tabelle Wertpapiere, die der dauernden Vermögensanlage gewidmet wurden (Aktiva B.III.1).

Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Sie werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wird die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag grundsätzlich mithilfe der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit erfasst und verteilt, bei Hypotheken- und Grundschuldforderungen linear über die Laufzeit, für Annuitätendarlehen im Verhältnis zur Restschuld. Abschreibungen werden vorgenommen, sofern am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert liegen.

Andere Kapitalanlagen

Das hier geführte Produkt wird nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet und mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten oder mit den niedrigeren Marktwerten angesetzt.

Wertaufholungsgebot, Zuschreibungen

Auf Vermögensgegenstände, die in früheren Jahren auf einen niedrigeren Marktwert abgeschrieben wurden, muss zugeschrieben werden, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigelegt wird. Die Zuschreibungen erfolgen bis zur Höhe der fortgeschriebenen Anschaffungswerte, auf einen niedrigeren langfristig beizulegenden Wert oder auf einen niedrigeren Marktwert.

Wertpapiere zur Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen

Die Wertpapiere werden gemäß § 253 Absatz 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und in Verbindung mit § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den Schulden verrechnet.

Sofern die Schulden den beizulegenden Zeitwert übersteigen, wird der übersteigende Betrag unter dem Posten C. Andere Rückstellungen ausgewiesen. Übersteigt der beizulegende Zeitwert den Betrag der Schulden, so wird der übersteigende Betrag unter dem Posten G. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Produkte

Es befinden sich strukturierte Produkte in der Anlageform von Darlehen und Genussscheinen im Bestand, die einheitlich bilanziert werden. Sie werden entsprechend dem Bilanzposten, in dem sie geführt werden, bewertet und angesetzt.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Hier werden Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände mit Ausnahme der Sachanlagen betrachtet.

Sie werden grundsätzlich mit den Nominalbeträgen angesetzt. Auf die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und auf einen Teil der Sonstigen Forderungen werden Wertberichtigungen vorgenommen, um das Bonitätsrisiko zu berücksichtigen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die unter den abgegrenzten Zinsen und Mieten ausgewiesenen Beträge entfallen auf das Geschäftsjahr, waren aber am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie sind grundsätzlich mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Beitragsüberträge

Diese beziehen sich ausschließlich auf die Auslandsreisekrankenversicherung. Die Ermittlung erfolgte grundsätzlich pro rata temporis. Für den weitaus überwiegenden Teil des Bestands wurde einzelvertraglich gerechnet. Dieser Beitragsübertrag wurde um die nicht übertragungsfähigen Teile gemäß Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1974 gekürzt.

Deckungsrückstellung

Sie ist die Summe der einzelvertraglich nach der prospektiven Methode berechneten Alterungsrückstellungen, wie in den Technischen Berechnungsgrundlagen festgelegt. Dabei wurden die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie die versicherungsmathematischen Methoden nach § 146 Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 2 VAG und § 149 VAG sowie § 150 VAG beachtet. Die Deckungsrückstellung enthält die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Einmalbeiträge sowie Zuschreibungen, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen, ferner den Anteil an der Deckungsrückstellung in der Pflegepflichtversicherung für die Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten. Die mit Einführung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (GKV-WSG) möglichen Unternehmenswechsel zum 31. Dezember

eines Geschäftsjahrs unter Mitnahme eines Teils der Alterungsrückstellung (Übertragungswert) werden mit ihrem vollständigen Wert noch unter dem Posten Deckungsrückstellung ausgewiesen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden vollzogene Unternehmenswechsel mit Übertragungswert unter Veränderung der Deckungsrückstellung ausgewiesen. Die Gegenbuchung zur Aus-/Einbuchung des Übertragungswerts erfolgt unter Sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen bzw. Erträgen.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde auf der Grundlage der Schaden Erfahrungen aus der Vergangenheit auf Basis von Schadenabwicklungsdreiecken ermittelt. Forderungen aus Regressen wurden von der Rückstellung abgesetzt. Die Rabatte auf Arzneimittel aufgrund des im Jahr 2011 eingeführten Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) wurden rückstellungsmindernd berücksichtigt. Für die Pflegepflichtversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten erfolgte die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen (GPV).

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen ist in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthalten. Sie wurde anteilig aus den zurückgestellten Versicherungsleistungen ermittelt. Dieser Betrag wurde entsprechend den steuerlichen Vorschriften gekürzt.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Es handelt sich um die Stornorückstellung und die Rückstellung für Beitragsverrechnung. Die Stornorückstellung wird für Verträge gebildet, deren Alterungsrückstellung noch negativ ist, sowie für Verträge, die einen Unternehmenswechsel mit Übertragungswert zum 31. Dezember des Bilanzjahrs nach GKV-WSG durchführen und deren Übertragungswert größer ist als ihre Alterungsrückstellung.

Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Der aus der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes im Jahr 2010 resultierende Umstellungsaufwand wurde bereits in der Vergangenheit voll als außerordentlicher Aufwand erfasst.

Die Rückstellungen für Mitarbeiterjubiläen und Altersteilzeit werden ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in voller Höhe passiviert.

Im Jahr 2016 ist das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften in Kraft getreten, welches unter anderem eine Neufassung des § 253 HGB zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen beinhaltet. Der Rechnungszins für Pensionsverpflichtungen ist danach künftig als 10-Jahres-Durchschnitt statt wie bisher als 7-Jahres-Durchschnitt zu berechnen, wobei ein positiver Unterschiedsbetrag, der sich aus der Bewertung der Altersversorgungsverpflichtungen mit dem 10-Jahres-Durchschnittszins gegenüber der Bewertung mit dem 7-Jahres-Durchschnittszins ergibt, einer Ausschüttungssperre unterliegt (§ 253 Absatz 6 Satz 2 HGB).

Die zuvor genannten Änderungen gelten nur für die Bewertung von Pensionsverpflichtungen, nicht aber für die Bewertung sonstiger Personalverpflichtungen, wie zum Beispiel Altersteilzeit, Wertkontenmodell, Jubiläums- oder Vorruhestandsleistungen.

Ansonsten wird beim Diskontierungszinssatz weiterhin die Vereinfachungsregelung in § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB (Restlaufzeit von 15 Jahren) in Anspruch genommen, wobei wie im Vorjahr ein zum Bilanzstichtag prognostizierter Zinssatz zugrunde gelegt wurde.

Der Effekt aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes wird im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Weitere Erläuterungen zur Bilanzierung der Pensionen und ähnlicher Verpflichtungen finden Sie im Anhang unter Angaben zu den Passiva und unter Haftungsverhältnisse.

Die übrigen Rückstellungen werden mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Bei einer Restlaufzeit

von mehr als einem Jahr wird mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz der Deutschen Bundesbank abgezinst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Währungsumrechnung

Grundsätzlich werden alle Geschäftsvorgänge in der Originalwährung erfasst und zum jeweiligen Tageskurs (Devisenkassamittelkurs) in Euro umgerechnet.

Am Abschlussstichtag werden die auf fremde Währung lautenden Forderungen und Verbindlichkeiten mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet und nach den handelsrechtlichen Regeln zur Währungsumrechnung bewertet. Bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger werden die Gewinne und Verluste aus der Umrechnung gemäß § 256a HGB erfolgswirksam erfasst.

Rückstellungen in fremder Währung werden zum Abschlussstichtag ermittelt sowie neu bewertet und zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Die Anschaffungskosten der Darlehen werden mit dem Devisenkassamittelkurs zum Anschaffungszeitpunkt ermittelt.

Wertschwankungen aufgrund von Währungskursänderungen werden zum Bilanzstichtag erfolgswirksam berücksichtigt (strenges Niederstwertprinzip unter Beachtung des Anschaffungskosten- und Realisationsprinzips).

Für die Bewertung der auf fremde Währungen lautenden Kapitalanlagen wird der Zeitwert in Originalwährung zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag in Euro umgerechnet.

Im Falle verbundener Unternehmen und Beteiligten wird beim Vergleich der Anschaffungskosten in Euro mit dem Zeitwert in Euro das gemilderte Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Anschaffungskosten- und Realisationsprinzips angewandt.

Für die übrigen Kapitalanlagen kommt das strenge Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Anschaffungskosten- und Realisationsprinzips zur

Anwendung unter der Ausnahme für Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger.

Für alle Kapitalanlagen gilt: Währungsgewinne und -verluste werden gesondert festgestellt, allerdings nicht separat im Währungsumrechnungsergebnis erfasst.

Der Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen und Wertschwankungen in Originalwährung wird in den

Zu- und Abschreibungen und den realisierten Gewinnen und Verlusten dieser Anlagekategorien erfasst und im Kapitalanlagenergebnis ausgewiesen. Bei Kapitalanlagen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt werden, werden Wechselkursveränderung in den Zu- und Abschreibungen und den realisierten Gewinnen und Verlusten dieser Anlagekategorien erfasst und im Kapitalanlagenergebnis ausgewiesen, sofern keine bonitätsbedingte Abschreibung vorliegt.

Angaben zu den Aktiva

1 Entwicklung der Aktivposten A und B.I bis B.III im Geschäftsjahr 2016

	Bilanzwerte 31.12.2015 Tsd €
A Immaterielle Vermögensgegenstände	
A.I Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	78 644
A.II Geleistete Anzahlungen	32 011
Summe A.I und A.II	110 655
B Kapitalanlagen	
B.I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	180 742
B.II Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1 305 066
2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	372 224
3 Beteiligungen	87 119
4 Ausleihungen an Beteiligungsunternehmen	117 154
Summe B.II	1 881 563
B.III Sonstige Kapitalanlagen	
1 Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	15 978 187
2 Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	959 850
3 Sonstige Ausleihungen	
a Namensschuldverschreibungen	6 205 319
b Schuldscheinforderungen und Darlehen	987 947
4 Andere Kapitalanlagen	2 090
Summe B.III	24 133 393
Kapitalanlagen B.I bis B.III insgesamt	26 195 698
A und B insgesamt	26 306 353

Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Nettoveränderung	Bilanzwerte 31.12.2016
Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €
8	52 527	32	–	19 690	32 813	111 457
53 429	– 52 527	–	–	–	902	32 913
53 437	–	32	–	19 690	33 715	144 370
2 219	–	38	–	2 985	– 804	179 938
422 966	–	20 129	–	–	402 837	1 707 903
113 833	–	27 760	22	4 640	81 455	453 679
2 180	–	4 304	–	192	– 2 316	84 803
19 201	–	75 710	–	–	– 56 509	60 645
558 180	–	127 903	22	4 832	425 467	2 307 030
1 166 074	–	84 895	47 348	–	1 128 527	17 106 714
85 325	–	112 814	–	115	– 27 604	932 246
52 759	–	501 154	–	–	– 448 395	5 756 924
126 787	–	74 431	98	1	52 453	1 040 400
–	–	2 090	–	–	– 2 090	–
1 430 945	–	775 384	47 446	116	702 891	24 836 284
1 991 344	–	903 325	47 468	7 933	1 127 554	27 323 252
2 044 781	–	903 357	47 468	27 623	1 161 269	27 467 622

Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Produkte

Der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten und strukturierten Produkten erfolgt ausschließlich im Rahmen der Gesamtanlagestrategie unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 15 Absatz 1 VAG und in Übereinstimmung mit den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgestellten Grundsätzen. Zur Risikobegrenzung werden ergänzend weitere unternehmensspezifische Vorgaben wie zum Beispiel Geschäftspartnerlimite und im Rahmen des internen Risikocontrollings ermittelte Stop-Loss-Marken auf ihre Einhaltung geprüft.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die direkt gehaltenen Derivatepositionen zum Bilanzstichtag:

Nominalwerte und Zeitwerte der offenen Derivatepositionen

Gliederung nach Derivatearten

	Nominalwerte Underlying ¹ 31.12.2016 Tsd €	Nominalwerte Underlying ¹ 31.12.2015 Tsd €	Zeitwerte Derivate 31.12.2016 Tsd €	Zeitwerte Derivate 31.12.2015 Tsd €
Aktien-/Indexgeschäfte				
Optionen	–	26	–	133
Equity Swaps	2 608	2 419	910	1 247
Insgesamt	2 608	2 445	910	1 380

¹ Unter Nominalwerten Underlying sind die Nominalwerte der abgesicherten Kapitalanlagen aufgeführt.

In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden an Finanzmärkten etablierte Preisbildungsverfahren wie Barwertmethode und Optionspreismodelle eingesetzt, die neben aktuellen Zinskurven und Volatilitäten auch Markt- und Bonitätsrisiken berücksichtigen. Der Zeitwert entspricht dem für die volle Ablösung aller zukünftigen Ansprüche und Verpflichtungen aus dem Finanzgeschäft erforderlichen Kapital.

Optionen wurden im Vorjahr mit 28 Tausend Euro in dem Posten Andere Vermögensgegenstände (Aktiva D.III) ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente in Bewertungseinheiten

Allianz Equity-Incentive-Pläne

Zur Absicherung der Verbindlichkeiten aus Stock Appreciation Rights (SAR) werden Optionsrechte erworben. Die Restricted Stock Units (RSU) werden durch Termingeschäfte (Hedge-RSU) mit der Allianz SE abgesichert, die als Forderung gegenüber der Allianz SE und als Equity Swap bilanziert werden. Die Optionsrechte sowie Termingeschäfte werden mit den entsprechenden Grundgeschäften als Bewertungseinheit zusammengefasst, soweit ein unmittelbarer Sicherungszusammenhang besteht. Der Ausweis der Grundgeschäfte erfolgt unter den Sonstigen Rückstellungen und der Ausweis der Sicherungsgeschäfte unter den Sonstigen Vermögensgegenständen.

Für die gebildeten Bewertungseinheiten kommt ein Micro-Hedge zum Ansatz, um Preisänderungsrisiken aufgrund von Marktpreisschwankungen vollständig auszuschließen. Die Wirksamkeit der Bewertungseinheiten über die spätestens im Jahr 2020 auslaufenden aktienbasierten Vergütungspläne wird prospektiv und retrospektiv durch die Übereinstimmung der Bedingungen, Parameter und Risiken (Critical-Term-Match-Methode) nachgewiesen.

Zum Bilanzstichtag umfassen die einbezogenen Grundgeschäfte, bestehend aus voraussichtlich zukünftig ausgleichenden Leistungen, ein Volumen in Höhe von 2 608 (2 447) Tausend Euro. Mit den Bewertungseinheiten werden Risiken in Form von Wertänderungen in Höhe von 923 (1 392) Tausend Euro abgesichert. Die Bilanzierung der Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

2 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken (Aktiva B.I)

Der Bilanzwert der direkt gehaltenen Immobilien beträgt 1 79 938 (180 742) Tausend Euro. Die gesamten Abschreibungen betragen 2 985 (2 981) Tausend Euro. Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2 985 (2 981) Tausend Euro. Zusätzlich werden Immobilien über Objektgesellschaften und Fonds in Höhe von 847 829 (718 712) Tausend Euro gehalten. Der Ausweis erfolgt in den Posten Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktiva B.II.1), Beteiligungen (Aktiva B.II.3) und Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktiva B.III.1).

3 Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 HGB in Verbindung mit § 286 Absatz 3 Nr. 1 HGB (Aktiva B.II.1 und B.II.3)

Ausgewählte verbundene Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil % ¹	Eigenkapital Tsd €	Jahresergebnis Tsd €
a mit Sitz im Inland			
Alida Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg	14,4	414 041 ⁴	10 612 ⁴
APEP Dachfonds GmbH & Co. KG, München	1,3	579 212 ⁴	– ⁵
APKV Direkt Infrastruktur GmbH, München	100,0	50 477 ^{2,3}	– ^{2,3}
APKV Infrastrukturfonds GmbH, München	100,0	12 610 ^{2,3}	– ^{2,3}
APKV Private Equity Fonds GmbH, München	100,0	306 026 ^{2,3}	– ^{2,3}
REC Frankfurt Objekt GmbH & Co. KG, Hamburg	9,6	318 121 ⁴	10 382 ⁴
Sana Kliniken AG, Ismaning	14,3	697 581 ⁴	71 340 ⁴
T&R Investment GmbH & Co. KG, Bonn	2,5	350 120 ⁴	– 102 ⁴
b mit Sitz im Ausland			
114 Venture LP, Wilmington, DE	18,5	185 982 ⁴	– 40 ⁴
490 Fulton JV LP, Wilmington, DE	14,5	0 ⁴	0 ⁴
Advent International GPE VI LP, George Town	0,1	3 745 981 ⁴	– ⁵
Advent International GPE VII, L.P., Wilmington, DE	0,1	7 813 712 ⁴	– ⁵
Affinity Asia Pacific Fund IV L.P., George Town	0,2	472 211 ⁴	– ⁵
Allianz Chicago Private Reit LP, Wilmington, DE	14,2	194 768 ⁴	51 ⁴
Allianz Finance VIII Luxembourg S.A., Luxembourg	45,0	339 732 ³	– 60 ³
Allianz Hold Co Real Estate S.à r.l., Luxembourg	45,0	374 646 ³	13 018 ³
Allianz Infrastructure Luxembourg Holdco I S.A., Luxembourg	15,1	1 048 522 ⁴	13 ⁴
Allianz Investments III Luxembourg S.à r.l., Luxembourg	14,4	84 ⁴	– 26 ⁴
Allianz Renewable Energy Partners IV Limited, London	4,9	426 606 ⁴	11 399 ⁴
Allianz Renewable Energy Partners VI Limited, London	7,6	370 411 ³	– 2 016 ³
ALTOR FUND III (NO.2), L.P., St Helier	0,2	604 810 ⁴	– ⁵
American Industrial Partners Capital Fund V, L.P., Wilmington, DE	0,3	706 640 ⁴	– ⁵
Anacap Financial Partners II L.P., St Peter Port	0,6	701 691 ⁴	– ⁵
APAX EUROPE VII-A, L.P., Edinburgh	0,1	508 443 ⁴	– ⁵
APKV US Private REIT LP, Wilmington, USA	100,0	201 557 ³	– 106 ³
AZ Euro Investments II S.à r.l., Luxembourg	100,0	270 063 ³	2 726 ³
AZ Euro Investments S.à r.l., Luxembourg	8,2	3 218 819 ⁴	21 614 ⁴
AZ/JH Co-Investment Venture (DC) LP, Wilmington, DE	11,4	265 281 ⁴	– 4 018 ⁴
Bain Capital Europe Fund IV LP, George Town	0,3	371 285 ⁴	– ⁵
Bain Capital Fund XI, L.P., George Town	0,2	2 099 051 ⁴	– ⁵
Baring Private Equity Asia GP V Limited, George Town	0,2	2 297 570 ⁴	– ⁵
Boyu Capital Fund II, L.P., George Town	0,3	1 012 833 ⁴	– ⁵
BRIDGEPOINT EUROPE IV F, L.P., London	0,1	421 729 ⁴	– ⁵
Carlyle Europe Partners IV LP, Washington, DC	0,4	862 566 ⁴	– ⁵
Caroline Berlin S.C.S., Luxembourg	16,8	207 658 ⁴	– 9 086 ⁴
CDH Fund V, L.P., George Town	0,3	1 160 961 ⁴	– ⁵
Clarion Gables Multifamily Trust L.P., Wilmington, DE	2,4	1 397 949 ⁴	– 95 488 ⁴
CVC Capital Partners Asia Pacific IV, L.P., George Town	0,3	324 438 ⁴	– ⁵
CVC Capital Partners VI (A), L.P., St Helier	0,1	3 604 241 ⁴	– ⁵
EQT Dynamite2 Co-Invest (EQT VII) LP, London	1,6	0 ⁴	– ⁵
EQT VI, L.P., St Peter Port	0,2	839 629 ⁴	– ⁵
EQT Yellow Maple Co-Investment L.P., St Peter Port	1,3	229 151 ⁴	– ⁵
Equistone Partners Europe Fund IV L.P., London	0,6	121 666 ⁴	– ⁵
Equistone Partners Europe Fund V "F" L.P., London	0,7	62 705 ⁴	– ⁵
Forebright New Opportunities Fund L.P., George Town	1,2	201 404 ⁴	– ⁵
Four Oaks Place LP, Wilmington, DE	7,4	495 878 ⁴	13 535 ⁴
GHO Capital Fund I LP, George Town	2,3	0 ⁴	– ⁵
Hellman & Friedman Capital Partners VII, L.P., San Francisco, CA	0,1	7 001 268 ⁴	– ⁵
HgCapital 7 D L.P., St Peter Port	0,4	258 917 ⁴	– ⁵
Inflexion 2010 Buyout Fund LP, St Peter Port	1,0	200 642 ⁴	– ⁵
Investindustrial V, L.P., St Helier	0,3	816 489 ⁴	– ⁵
KELSO INVESTMENT ASSOCIATES VIII, L.P., Wilmington, DE	0,1	3 685 165 ⁴	– ⁵

	Anteil % ¹	Eigenkapital Tsd €	Jahresergebnis Tsd €
NORDIC CAPITAL VII ALPHA, L.P., St Helier	0,1	2 243 488 ⁴	– ⁵
ONEX PARTNERS III, L.P., Toronto	0,3	3 229 562 ⁴	– ⁵
Onex Partners IV, L.P., George Town	0,3	1 575 615 ⁴	– ⁵
Palatine Private Equity Fund II L.P., Manchester	2,0	191 971 ⁴	– ⁵
Permira V, L.P.2, St Peter Port	0,2	3 479 730 ⁴	– ⁵
Sterling Group Partners III LP, Wilmington, DE	0,7	606 542 ⁴	– ⁵
TDR CAPITAL II, L.P., London	0,1	424 117 ⁴	– ⁵
TDR Capital III "B" L.P., London	0,3	400 240 ⁴	– ⁵
The Resolute Fund III, L.P., New York, NY	0,3	931 956 ⁴	– ⁵
TPG Asia VI, L.P., George Town	0,3	1 154 564 ⁴	– ⁵
TPG Drone Co-Invest L.P., George Town	2,0	229 137 ⁴	– ⁵
Trident V, L.P., George Town	0,2	2 051 249 ⁴	– ⁵
Trustbridge Partners V L.P., George Town	0,8	525 488 ⁴	– ⁵
Water Street Healthcare III LP, Chicago, IL	0,8	171 737 ⁴	– ⁵

1 Die Berechnung berücksichtigt die von abhängigen Unternehmen gehaltenen Anteile vollständig, auch wenn der Anteil an diesem abhängigen Unternehmen unter 100 % liegt.

2 Ergebnisabführungsvertrag

3 Jahresabschluss 2016 vorläufig

4 Jahresabschluss 2015

5 Keine Angaben vorhanden

4 Zeitwerte der Kapitalanlagen (Aktiva B)

Gliederung nach Bilanzposten

	Zeitwerte 31.12.2016 Mio €	Bilanzwerte 31.12.2016 Mio €	Bewertungs- reserve (Saldo) 31.12.2016 Mio €	Zeitwerte 31.12.2015 Mio €	Bilanzwerte 31.12.2015 Mio €	Bewertungs- reserve (Saldo) 31.12.2015 Mio €
B.I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	312	180	132	280	181	99
B.II Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	2 834	2 307	527	2 295	1 882	413
1 Anteile an verbundenen Unternehmen	2 093	1 708	385	1 575	1 306	269
2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	481	453	28	397	372	25
3 Beteiligungen	196	85	111	203	87	116
4 Ausleihungen an Beteiligungsunternehmen	64	61	3	120	117	3
B.III Sonstige Kapitalanlagen						
1 Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	20 769	17 107	3 662	18 786	15 978	2 808
Anteile oder Aktien an Investmentvermögen	20 769	17 107	3 662	18 786	15 978	2 808
2 Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	1 050	932	118	1 048	960	88
3 Sonstige Ausleihungen						
a Namensschuldverschreibungen	7 252	5 757	1 495	7 706	6 205	1 501
b Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 302	1 040	262	1 230	988	242
4 Andere Kapitalanlagen	–	–	–	2	2	–
Kapitalanlagen insgesamt	33 519	27 323	6 196	31 347	26 196	5 151

Die Bewertungsreserven von saldiert 6 196 (5 151) Millionen Euro setzen sich zusammen aus stillen Reserven von 6 206 (5 155) Millionen Euro und stillen Lasten von 10 (5) Millionen Euro.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden folgende Methoden angewandt:

Die Zeitwertermittlung des Grundvermögens erfolgte zum 30. September des Geschäftsjahrs nach der Discounted-Cashflow-Methode. Die Zeitwerte für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden je nach Gesellschaftszweck und Größe unterschiedlich ermittelt. Versicherungsunternehmen und ähnliche Unternehmen wurden nach dem Ertragswertverfahren oder mit dem anteiligen Eigenkapital bewertet. Bei Vermögensholdings wurde das Look-Through-Prinzip zur Ermittlung des Zeitwerts herangezogen. Hierbei kamen für die Vermögenswerte, die zur Ermittlung des Nettovermögens verwendet wurden, unterschiedliche Bewertungsverfahren zur Anwendung wie das Net-Asset-Value-Verfahren, Börsenwerte und das Discounted-Cashflow-Verfahren. Einzelne Anteile an verbundenen Unternehmen wurden im ersten Jahr des Investments mit den Anschaffungskosten angesetzt. Unwesentliche Gesellschaften wurden mit dem Buchwert angesetzt. Für die Zeit-

wertermittlung der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurde – sofern vorhanden – der Börsenjahresschlusskurs herangezogen. Für Immobilien-Spezialfonds wurde das Net-Asset-Value-Verfahren angewendet. Für alle anderen Spezialfonds wurde der von der Kapitalverwaltungsgesellschaft mitgeteilte Wert angesetzt.

Die Zeitwerte der börsennotierten Wertpapiere mit fester Laufzeit (Inhaberschuldverschreibungen unter dem Posten Ausleihungen an verbundene Unternehmen) wurden mit den Börsenjahresschlusskursen ermittelt.

Bei nicht börsennotierten Kapitalanlagen mit fester Laufzeit (Darlehen, Hypotheken) wurde der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dabei wurde der Effektivzins ähnlicher Schuldtitel verwendet. Ausgewählte sonstige Ausleihungen und Hypotheken sowie Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht wurden zum Buchwert angesetzt. Ausleihungen an verbundene Unternehmen (Darlehen, Genussscheine, Hypotheken) wurden zum Buchwert oder –sofern keine direkte Eigenkapitalbeziehung zur Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG besteht– mit einem von der Gesellschaft mitgeteilten Wert angesetzt.

Wertpapiere, die der dauernden Vermögensanlage gewidmet wurden

	Zeitwerte	Bilanzwerte	Bewertungs- reserve	Zeitwerte	Bilanzwerte	Bewertungs- reserve
	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €
Anteile oder Aktien an Investmentvermögen	20 582	16 967	3 615	18 624	15 843	2 781
Insgesamt	20 582	16 967	3 615	18 624	15 843	2 781

Angaben gemäß § 285 Nr. 18 HGB zu Kapitalanlagen, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von 30,4 (0) Millionen Euro wurden über ihren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 30,2 (0) Millionen Euro ausgewiesen. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen in Höhe von 27,2 (42,0) Millionen Euro wurden über ihrem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 25,5 (39,3) Millionen Euro ausgewiesen. Sonstige Ausleihungen in Höhe von 115,6 (53,5) Millionen Euro wurden über

ihrem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 107,5 (51,4) Millionen Euro ausgewiesen. Auf eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Absatz 3 Satz 6 HGB wurde jeweils wegen nicht dauerhaften Charakters der Wertminderung verzichtet.

Im Vorjahr wurde zusätzlich bei Anteilen an Investmentvermögen in Höhe von 10 Tausend Euro, die nach § 341b Absatz 2 HGB wie Anlagevermögen behandelt wurden, Abschreibungen in Höhe von 0,1 Tausend Euro vermieden.

Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB zu Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen

	Zeitwerte 31.12.2016 Mio €	Bilanzwerte 31.12.2016 Mio €	Bewertungs- reserve 31.12.2016 Mio €	Ausschüttungen im Geschäftsjahr Mio €
Aktienfonds				
Allianz VKA Fonds	2 006	1 631	375	40
Summe	2 006	1 631	375	40
Rentenfonds				
Allianz AKR Fonds ¹	2 725	2 693	32	107
Allianz VK RentenDirekt Fonds ¹	15 606	12 428	3 178	441
Allianz PKV-PD Fonds Inhaber-Anteile	17	17	–	–
Summe	18 348	15 138	3 210	548
Insgesamt	20 354	16 769	3 585	588

¹ Fonds enthält ABS-Papiere in geringem Umfang.

Bei Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen mit einem Bilanzwert von 16 769 (15 708) Millionen Euro hält die Allianz Private Krankenversicherungs-AG mehr als 10 Prozent der Anteile. Diese Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden.

5 Aktive latente Steuerumlagen (Aktiva F)

Zwischen der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG und der Allianz Deutschland AG besteht seit 2009 eine ertragsteuerliche Organschaft mit Umlage der Ertragsteuern.

Unterschiedliche Wertansätze in Handels- und Steuerbilanz haben dazu geführt, dass der steuerliche Gewinn über dem handelsrechtlichen Ergebnis liegt. Analog dem Wahlrecht des § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB wird der über den Saldierungsbereich hinausgehende Überhang aktiver Steuerlatenzen bilanziert. Die umfangreichsten Abweichungen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen ergeben sich bei den Bilanzpositionen Grundstücke, Kapitalanlagen sowie bei den Rückstellungen für Beitragsrückerstattung, für Pensionen und den Sonstigen Rückstellungen, die insgesamt zu aktiven latenten Steuern führen.

Die Bewertung der inländischen Steuerlatenzen erfolgt mit einem Steuersatz von 31 Prozent.

Angaben zu den Passiva Eigenkapital (Passiva A.I)

6 Gezeichnetes Kapital (Passiva A.I)

Das Gezeichnete Kapital der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG beträgt 150 000 000 Euro. Es ist eingeteilt in 200 000 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 750 Euro je Stück. Die Aktien können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden.

Die Allianz Deutschland AG, München, ist alleinige Aktionärin der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG. Entsprechend wurde uns nach § 20 AktG mitgeteilt, dass die Allianz Deutschland AG unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG hält, die der Allianz SE, München, gemäß § 16 Absatz 4 AktG zugerechnet wird.

7 Kapitalrücklage (Passiva A.II)

	Stand 31.12.2015 Tsd €	Einstellung Tsd €	Entnahme Tsd €	Stand 31.12.2016 Tsd €
Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	44 013	–	–	44 013
Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB	28 121	–	–	28 121
Kapitalrücklage insgesamt	72 134	–	–	72 134

8 Gewinnrücklagen (Passiva A.III)

	Stand 31.12.2015 Tsd €	Einstellung Tsd €	Entnahme Tsd €	Stand 31.12.2016 Tsd €
Gesetzliche Rücklage	7 716	–	–	7 716
Andere Gewinnrücklagen	157 881	–	–	157 881

Aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahrs 2016 erfolgt keine Einstellung in Andere Gewinnrücklagen.

Angabe gemäß § 285 Nr. 28 HGB

Aus der Zeitwertbewertung des Deckungsvermögens zu Personalrückstellungen sind im Geschäftsjahr unrealisierte Gewinne in Höhe von 102 (105) Tausend Euro entstanden. Aus der Aktivierung von latenten Steuerumlagen nach Minderung um die passiven latenten Steuerumlagen ergibt sich im Geschäftsjahr ein Betrag in Höhe von 35 874 (36 311) Tausend Euro. Insgesamt ist ein Betrag in Höhe von 35 976 (36 416) Tausend Euro gemäß § 268 Absatz 8 HGB abführungsgesperrt. Der abführungsgesperrte Betrag ist in vollem Umfang durch frei zur Verfügung stehende Eigenkapitalteile gedeckt.

10 Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Passiva B.III)

Bei der Ermittlung der Rückstellungsbeträge wurden Forderungen aus Regressen mit einem Betrag in Höhe von 2 452 (3 007) Tausend Euro abgesetzt.

9 Deckungsrückstellung (Passiva B.II)

Bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung sind auch diejenigen Versicherungsverträge berücksichtigt, die aufgrund des GKV-WSG zum 1. Januar des Folgejahrs unter Mitnahme eines Teils ihrer Alterungsrückstellung zu einem anderen privaten Krankenversicherer wechseln werden. Die auf diese Verträge entfallende Deckungsrückstellung beträgt 1 771 (1 771) Tausend Euro.

11 Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (Passiva B.IV)

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)				
		a	poolrelevante RfB aus der PPV	Betrag gemäß § 150 Absatz 4 VAG	Sonstiges	Summe erfolgsunabhängige RfB aus Spalten b bis d
			Tsd €	b	c	d
Bilanzwerte – Vorjahr	1 796 696	–	64 795	4 453	69 248	
Umbuchung						
1 Bilanzwerte – Vorjahr (nach Umbuchung)	1 796 696	–	64 795	4 453	69 248	
2 Entnahme zur Verrechnung	198 828	–	24 135	–	24 135	
3 Entnahme zur Barausschüttung/Retouren	112 717	–	–	4 277	4 277	
4 Sonstige Entnahmen	402	–	–	–	–	
5 Zuführung	385 519	–	17 564	4 469	22 033	
6 Bilanzwerte – Geschäftsjahr	1 870 268	–	58 224	4 645	62 869	
Gesamter Betrag des Geschäftsjahrs gemäß § 150 VAG	103 352					
davon Direktgutschrift gemäß Absatz 2	85 788					
davon Zuführung zur erfolgsabhängigen RfB gemäß Absatz 4	17 564					

Erläuterungen: Position	Fundstelle in der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung
1 a	Bilanz-Passiva
1 b + c + d	Bilanz-Passiva
2 a + b + c + d	GuV
4 a	GuV
4 b + c + d	GuV
5 a	Bilanz-Passiva
5 b + c + d	Bilanz-Passiva

Andere Rückstellungen (Passiva C)

12 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Passiva C.I)

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG hat Pensionszusagen erteilt, für die Pensionsrückstellungen gebildet werden. Ein Teil der Pensionszusagen ist im Rahmen eines Contractual-Trust-Arrangements (Methusalem Trust e. V.) abgesichert. Dieses Treuhand-

vermögen stellt saldierungspflichtiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert beziehungsweise der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Der Erfüllungsbetrag wird auf Basis der Projected-Unit-Credit-Methode (diese bezeichnet ein Anwartschaftsbarwertverfahren, bezogen auf den erdienten Teil)

ermittelt beziehungsweise als Barwert der erworbenen Anwartschaft ausgewiesen. Sofern es sich um wertpapiergebundene Zusagen handelt, wird der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände angesetzt.

	31.12.2016 %	31.12.2015 %
Diskontierungszinssatz (10-jähriger Durchschnitt) ¹	4,01	–
Diskontierungszinssatz (7-jähriger Durchschnitt) ¹	3,23	3,89
Rententrend	1,50	1,70
Gehaltstrend inklusive durchschnittlichen Karrieretrends	3,25	3,25

¹ Der Diskontierungszinssatz wurde zum 31.12.2015 auf Basis der bis zum 31.12.2015 gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 7-jähriger Durchschnitt festgelegt. Zum 31.12.2016 wurde er aufgrund der Gesetzesänderung für Pensionen als 10-jähriger Durchschnitt und für sonstige Personalverpflichtungen weiterhin als 7-jähriger Durchschnitt festgelegt.

Abweichend hiervon wird bei einem Teil der Pensionszusagen der Garantiezins der Pensionszusage von 2,75 Prozent pro Jahr und die garantierte Rentendynamik in Höhe von 1 Prozent pro Jahr zugrunde gelegt.

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT2005G verwendet, die bezüglich der Sterblichkeit, Invalidisierung und Fluktuation an die unternehmensspezifischen Verhältnisse angepasst wurden.

Als Pensionierungsalter wird die vertraglich vorgesehene beziehungsweise die sich nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 ergebende Altersgrenze angesetzt.

	31.12.2016 Tsd €	31.12.2015 Tsd €
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	21 116	19 335
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	21 104	19 325
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden ¹	21 118	20 214
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Artikel 67 Absatz 2 EGHGB	–	–

¹ Der Erfüllungsbetrag zum 31.12.2016 wurde aufgrund der Gesetzesänderung mit einem 10-jährigen Durchschnittszins ermittelt, während der Erfüllungsbetrag zum 31.12.2015 aufgrund der bis zum 31.12.2015 gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung noch mit dem 7-jährigen Durchschnittszins ermittelt wurde.

Der mit dem 7-jährigen Durchschnittszins zum 31. Dezember 2016 ermittelte Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt 21 215 Tausend Euro. Somit ist ein Betrag von 98 Tausend Euro gemäß § 253 Absatz 6 Satz 2 HGB ausschüttungsgesperrt.

13 Sonstige Rückstellungen (Passiva C.III)

Die Sonstigen Rückstellungen belaufen sich insgesamt auf 47 745 (44 328) Tausend Euro.

Die wesentlichen Rückstellungen sind in folgender Tabelle aufgeführt:

	31.12.2016 Tsd €	31.12.2015 Tsd €
Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen	5 541	2 297
Rückstellung für Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen	19 933	20 882
Rückstellung für Erfolgsbeteiligung der Mitarbeiter	5 899	7 238
Rückstellung für Vertrieb	2 720	2 375
Rückstellung für Altersteilzeit	288	315

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG hat Verpflichtungen aus Jubiläumsgaben, einem Wertkontenmodell und Altersteilzeit- beziehungsweise Vorruhestandsverträgen, die unter den Sonstigen Rückstellungen ausgewiesen werden. Das im Methusalem Trust e. V. für das Altersteilzeit-Sicherungsguthaben und das Wertkontenmodell reservierte Vermögen stellt saldierungsfähiges Deckungsvermögen dar, wobei als beizulegender Zeitwert der Aktivwert beziehungsweise der Marktwert zugrunde gelegt wird.

Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt im Wesentlichen analog zu den Pensionszusagen und auf Basis der gleichen Rechnungsannahmen (mit Ausnahme des Rechnungszinses).

	31.12.2016 Tsd €	31.12.2015 Tsd €
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	1 583	1 453
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	1 685	1 549
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	1 974	1 864

14 Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern (Passiva D.I.1)

Den weitaus größten Teil dieses Postens stellen mit 90 506 (94 164) Tausend Euro die Beitragsvorauszahlungen der Versicherungsnehmer dar.

15 Sonstige Verbindlichkeiten (Passiva D.II)

Die Sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter fünf Jahren.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Versicherungstechnische Rechnung (GuV I)

16 Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (GuV I.1)

Gebuchte Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts (GuV I.1.a)

	2016 laufender Beitrag Tsd €	2016 Einmalbeitrag Tsd €	2015 laufender Beitrag Tsd €	2015 Einmalbeitrag Tsd €
Krankheitskostenvollversicherung ¹	2 322 675	37 789	2 333 516	14 699
Krankentagegeldversicherung	73 555	–	74 278	–
Krankenhaustagegeldversicherung	59 398	–	60 966	–
Krankheitskostenteilversicherung	411 912	1	407 492	–
Pflegepflichtversicherung ²	209 865	–	214 458	–
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	120 519	179	106 154	6
Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	18 309	–	14 467	–
Auslandsreisekrankenversicherung	4 478	23 187	4 838	21 977
Gebuchte Beiträge insgesamt	3 220 711	61 156	3 216 170	36 682
aufgeteilt nach:				
Einzelversicherung	2 397 824	43 969	2 390 840	30 137
Gruppenversicherung	822 887	17 187	825 330	6 545

	2016 Tsd €	2015 Tsd €
Gebuchte Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts	3 281 867	3 252 852
in Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	–	–
a Gebuchte Bruttobeiträge	3 281 867	3 252 852
b Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	– 5 132	–
	3 276 735	3 252 852
c Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	– 525	– 347
d Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	1 634	–
Insgesamt	3 277 844	3 252 505

¹ Eine Krankheitskostenvollversicherung liegt für eine Person dann und nur dann vor, wenn bei dem Unternehmen für diese Person auch die allgemeinen Krankenhausleistungen versichert sind und es sich bei den allgemeinen Krankenhausleistungen nicht um die Absicherung von Differenzkosten zur GKV-Leistung handelt. Die Höhe des Versicherungsschutzes für die allgemeinen Krankenhausleistungen spielt dabei keine Rolle.

² einschließlich GPV-Anteil

Anzahl der versicherten natürlichen Personen nach Versicherungsarten^{1,4}

	2016	2015
1 Krankheitskostenvollversicherung ²	618 317	627 937
2 Krankentagegeldversicherung	276 632	280 282
3 Krankenhaustagegeldversicherung	709 949	722 788
4 Krankheitskostenteilversicherung	1 353 079	1 326 181
5 Pflegepflichtversicherung ³	672 336	684 494
6 Ergänzende Pflegezusatzversicherung	321 768	297 029
7 Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	53 452	43 697
8 Auslandsreisekrankenversicherung	2 813 022	2 709 960
9 Anzahl der versicherten natürlichen Personen insgesamt ^{1,3,5}	2 617 889	2 588 748

1 Zählweise gemäß Empfehlung des Verbands der privaten Krankenversicherung e. V.

2 Eine Krankheitskostenvollversicherung liegt für eine Person dann und nur dann vor, wenn bei dem Unternehmen für diese Person auch die allgemeinen Krankenhausleistungen versichert sind und es sich bei den allgemeinen Krankenhausleistungen nicht um die Absicherung von Differenzkosten zur GKV-Leistung handelt. Die Höhe des Versicherungsschutzes für die allgemeinen Krankenhausleistungen spielt dabei keine Rolle.

3 einschließlich GPV-Anteil

4 Mehrfachzählungen bezüglich der Gruppen 1 bis 8 sind möglich.

5 Jede Person, die in mindestens einer der Gruppen 1 bis 7 erfasst wurde, ist darüber hinaus hier einmal zu zählen; dabei bleiben also alle Personen unberücksichtigt, die nur in der Gruppe 8 erfasst wurden.

17 Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung (GuV I.2)**Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung**

	2016 Tsd €	2015 Tsd €
Beiträge aus der RfB aus:		
Einzelversicherungen	136 726	161 851
Gruppenversicherungen	62 102	44 425
	198 828	206 277
Beiträge aus der RfB, untergliedert nach:		
Laufenden Beiträgen	198 828	206 277
Einmalbeiträgen	–	–
	198 828	206 277
Beiträge aus der RfB aus:		
Krankheitskostenvollversicherung	194 066	71 145
Krankentagegeldversicherung	–	935
Krankenhaustagegeldversicherung	3 607	3 733
Krankheitskostenteilversicherung	1 150	120
Pflegepflichtversicherung	4	130 344
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	1	–
Geförderte Pflegevorsorgeversicherung	–	–
	198 828	206 277
Insgesamt	198 828	206 277

Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2016 Tsd €	2015 Tsd €
	24 135	116 982

Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2016 Tsd €	2015 Tsd €
	222 963	323 258

18 Erträge aus Kapitalanlagen (GuV I.3) und Aufwendungen für Kapitalanlagen (GuV I.9)

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, alle Erträge abzüglich aller Aufwendungen, beträgt 1 090 674 (1 035 091) Tausend Euro. Die Nettoverzinsung beträgt 4,1 (4,0) Prozent.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen im Sinne der laufenden Durchschnittsverzinsung – dies sind die laufenden Erträge abzüglich des laufenden Aufwands – beträgt 1 011 385 (988 253) Tausend Euro. Die laufende Durchschnittsverzinsung beträgt 3,8 (3,8) Prozent.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2016 Tsd €	2015 Tsd €
1 Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft ¹	96 267	97 444
2 Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	40 103	42 076
3 Löhne und Gehälter	41 664	39 395
4 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	5 241	5 049
5 Aufwendungen für Altersversorgung	3 457	1 422
Aufwendungen insgesamt	186 732	185 386

1 Darin enthalten ist die anteilige Vergütung an die Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG mit 76 422 (79 124) Tausend Euro.

19 Abschreibungen auf Kapitalanlagen (GuV I.9.b)

Die Abschreibungen auf Kapitalanlagen betragen 7 932 (53 269) Tausend Euro. Darin enthalten sind planmäßige Abschreibungen auf Grundvermögen in Höhe von 2 985 (2 981) Tausend Euro und außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen nach § 253 Absatz 3 HGB in Höhe von 4 947 (50 209) Tausend Euro. Im Vorjahr sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Umlaufvermögen nach § 253 Absatz 4 HGB in Höhe von 79 Tausend Euro angefallen.

Von den außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen 192 (0) Tausend Euro, auf Ausleihungen an verbundene Unternehmen 4 639 (498) Tausend Euro, auf Hypotheken- und Grundschuldforderungen 115 (697) Tausend Euro und auf Sonstige Ausleihungen 1 (146) Tausend Euro. Im Vorjahr entfielen zusätzlich 48 868 Tausend Euro Abschreibungen auf Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und auf Andere Kapitalanlagen 79 Tausend Euro. Bei den Abschreibungen auf Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Sonstige Ausleihungen handelt es sich um währungskursbedingte Abschreibungen.

Rückversicherungssaldo

Der Saldo aus den verdienten Beiträgen der Rückversicherer, den Anteilen der Rückversicherer an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle, an der Veränderung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und den Rückversicherungsprovisionen beträgt 949 (0) Tausend Euro.

Verrechnete Aufwendungen und Erträge im Sinne des § 285 Nr. 25 HGB

Aus der Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden nach § 246 Absatz 2 HGB ergab sich eine Saldierung folgender Aufwendungen und Erträge:

	2016 Pensionen und ähnliche Verpflichtungen Tsd €	2016 Sonstige Verpflichtungen Tsd €
Ertrag aus dem beizulegenden Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	- 496	-104
Rechnerische Verzinsung des Erfüllungsbetrags der verrechneten Schulden	805	153
Effekt aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes für den Erfüllungsbetrag	- 15	9
Nettobetrag der verrechneten Erträge und Aufwendungen	294	58

Zinsen aus Ab- und Aufzinsung

Das Jahresergebnis der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG wird durch die Abzinsung in Höhe von 52 (1 078) Tausend Euro und Aufzinsung in Höhe von 433 (285) Tausend Euro aus langfristigen Rückstellungen beeinflusst.

Effekte aus der Währungsumrechnung

Die Währungsgewinne betragen 1 185 (1 730) Tausend Euro, die Währungsverluste belaufen sich auf 1 221 (1 849) Tausend Euro.

20 Außerordentliche Erträge (GuV II.4) und Außerordentliche Aufwendungen (GuV II.5)

Das Außerordentliche Ergebnis der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG belief sich im Geschäftsjahr auf - 11 178 (- 28 599) Tausend Euro.

Im Außerordentlichen Ergebnis für das Geschäftsjahr ist der Einmalbetrag in Höhe von 7 860 (22 330) Tausend Euro enthalten, der von der Gesellschaft als außerordentlicher Aufwand zur Abgeltung des Zinsrisikos an die Allianz SE im Zuge der Neuregelung der Kostenverteilung von Altersversorgungsaufwendungen gezahlt wurde.

Aus Restrukturierungsmaßnahmen ergaben sich zum Jahresende Rückstellungszuführungen in Höhe von 3 225 (6 393) Tausend Euro. Im Vorjahr wurden 210 Tausend Euro aus Restrukturierungsmaßnahmen aufgelöst.

21 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV II.7)

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 7 401 Tausend Euro (Ertrag) beinhalten Steuerumlagen und Steuern des Geschäftsjahrs von 22 482 Tausend Euro sowie Steuererträge für Vorjahre von 29 883 Tausend Euro, überwiegend aus der Umsetzung von BFH-Rechtsprechung zur Anrechnung ausländischer Quellensteuer sowie zum Abzug von Verlusten aus Aktienfonds.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung. Grundlage der betrieblichen Altersversorgung für die Mitarbeiter der deutschen Tochtergesellschaften, die bis zum 31. Dezember 2014 eingetreten sind, ist in der Regel die Mitgliedschaft in der Allianz Versorgungskasse VVaG (AVK), die als rechtlich selbstständige und regulierte Pensionskasse der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegt. Die Leistungen der AVK werden nach dem Einmalbeitragssystem über Zuwendungen der Trägergesellschaften an die Kasse durch Gehaltsumwandlung finanziert. Zu den Trägergesellschaften gehört neben der Allianz SE, der Allianz Deutschland AG, der Allianz Versicherungs-AG und der Allianz Lebensversicherungs-AG unter anderem auch die Allianz Private Krankenversicherungs-AG.

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG ist verpflichtet, anteilige Verwaltungskosten der AVK zu tragen und entsprechend den Rechtsgrundlagen gegebenenfalls Zuschüsse zu leisten. Außerdem leisten die Trägergesellschaften für bis zum 31. Dezember 2014 eingetretene Mitarbeiter Zuwendungen an den Allianz Pensionsverein e. V. (APV). Sowohl die AVK als auch der APV wurden für Neueintritte ab dem 1. Januar 2015 geschlossen. Für Neueintritte ab 1. Januar 2015 wurde die betriebliche Altersversorgung einheitlich neu

geregelt. Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG leistet für Neueintritte ab dem 1. Januar 2015 einen monatlichen Beitrag in eine Direktversicherung bei der Allianz Lebensversicherungs-AG, welcher im Rahmen der Entgeltumwandlung vom Mitarbeiter finanziert wird. Außerdem wird monatlich ein Arbeitgeberbeitrag im Rahmen einer Direktzusage gewährt.

Die Allianz SE hat durch Schuldbeitritt die gesamtschuldnerische Haftung für einen Teil der Pensionszusagen der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG übernommen. Diese erstattet die Kosten; die Allianz SE hat die Erfüllung übernommen. Daher werden diese Pensionsverpflichtungen bei der Allianz SE und nicht bei der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG bilanziert.

Im Jahr 2015 wurde der Vertrag, der die Kostenerstattung regelt, in der Form geändert, dass die Allianz SE künftig das Zinsrisiko trägt. Zur Abgeltung des Zinsrisikos hat die Allianz Private Krankenversicherungs-AG im Jahr 2015 einen Einmalbetrag geleistet.

Die gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaft aus diesen Pensionszusagen sowie die diesen Haftungsverbindlichkeiten gegenüberstehenden Rückgrifforderungen an die Allianz SE betragen:

	31.12.2016 Tsd €	31.12.2015 Tsd €
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	79 722	83 304
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Artikel 67 Absatz 2 EGHGB	–	–
Gesamtschuldnerische Haftung bzw. Rückgriffforderung gegen die Allianz SE	79 722	83 304

Aus der Umstellung des Finanzierungsverfahrens des Pensions-Sicherungs-Vereins VVaG im Jahr 2006 besteht eine gesamtschuldnerische Haftung in Höhe von 228 (269) Tausend Euro, die nicht in der Bilanz der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG ausgewiesen wird, da dieser Haftungsverbindlichkeit eine gleichwertige Rückgriffforderung an die Allianz SE gegenübersteht.

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG geht Haftungsverhältnisse nur nach sorgfältiger Risikoabwägung ein. Auf Basis einer kontinuierlichen Evaluierung der Risikosituation der eingegangenen Haftungsverhältnisse und unter Berücksichtigung der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen

Erkenntnisse ist davon auszugehen, dass die den Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können.

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG schätzt daher bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen das Risiko einer Inanspruchnahme als nicht wahrscheinlich ein.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Krankenversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge. Bisher wurden keine Beiträge angefordert.

Auf zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Darlehens- und Grundschuldforderungen entfallen 97 901 (31 591) Tausend Euro. Gegenüber dem Sicherungsfonds der Krankenversicherer bestehen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 54 269 (52 093) Tausend Euro, und auf Verpflichtungen aus Kaufverträgen entfallen 185 830 (98 558) Tausend Euro. Auf verbundene Unternehmen entfallen 148 189 (43 319) Tausend Euro der Verpflichtungen aus Kaufverträgen. Aus langfristigen Mietverträgen bestehen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 32 005 (33 164) Tausend Euro, davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 32 005 (33 164) Tausend Euro.

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf 370 005 (215 405) Tausend Euro, davon gegenüber verbundenen Unternehmen 268 436 (93 033) Tausend Euro.

Sicherheitsleistungen

Vermögensgegenstände, für die im Konkurs Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können, wurden sowohl im Geschäftsjahr als auch im Vorjahr weder verpfändet noch zur Sicherung übertragen beziehungsweise hinterlegt.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesen Personengruppen gewährte Kredite

Die Gesamtbezüge des Vorstands (einschließlich im Geschäftsjahr gewährter aktienbasierter Vergütungen) betragen im Berichtsjahr 3 396 (3 378) Tausend Euro, die der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen 766 (878) Tausend Euro. Dabei wurden 6 211 (5 855) Restricted Stock Units an die Vorstände ausgegeben. Der beizulegende Zeitwert zum Zeitpunkt der Gewährung betrug 687 (740) Tausend Euro.

Die Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstandsmitglieder beziehungsweise deren Hinterbliebene stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2016 Tsd €	31.12.2015 Tsd €
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	7 684	7 649
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	7 684	7 649
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden ¹	13 247	13 854
Nicht ausgewiesener Rückstellungsbetrag gemäß Artikel 67 Absatz 2 EGHGB	–	–
Pensionsrückstellung	5 563	6 205

¹ Der Erfüllungsbetrag zum 31.12.2016 wurde aufgrund der Gesetzesänderung mit einem 10-jährigen Durchschnittszins ermittelt, während der Erfüllungsbetrag zum 31.12.2015 aufgrund der bis zum 31.12.2015 gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung noch mit dem 7-jährigen Durchschnittszins ermittelt wurde.

Der mit dem 7-jährigen Durchschnittszins zum 31. Dezember 2016 ermittelte Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt 14 187 Tausend Euro.

Als beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen zugrunde gelegt.

Die Gesamtbezüge für den Aufsichtsrat betragen für das Geschäftsjahr 168 (168) Tausend Euro¹.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 2 beziehungsweise 52 genannt. Diese Seiten sind Bestandteil des Anhangs.

Für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bestanden keine Kredite.

¹ Ab 2014 erfolgt die Angabe ohne gesetzliche Mehrwertsteuer.

Neben den Gesamtbezügen des Vorstands und des Aufsichtsrats, die der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG zuzurechnen sind, können weitere Bezüge von anderen Konzerngesellschaften der Allianz Gruppe gewährt werden.

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Zahlen in der folgenden Tabelle beziehen sich auf Mitarbeiter ohne Vorstandsmitglieder, Auszubildende, Praktikanten, Arbeitnehmer in der Elternzeit, im Bundesfreiwilligendienst, in der passiven Altersteilzeit oder im Vorruhestand.

	2016	2015
Innendienst:		
Vollzeitmitarbeiter	308	312
Teilzeitmitarbeiter	103	95
Außendienst:		
Angestellte Außendienstmitarbeiter	62	64

Weitere Details zu den Beschäftigten sind im Lagebericht auf Seite 11 angegeben.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG von besonderer Bedeutung gewesen wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahrs bis zur Vorstandssitzung, in welcher der Jahresabschluss aufgestellt wurde, nicht eingetreten.

Honorar des Abschlussprüfers

Die Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB für Leistungen an die Allianz Private Krankenversicherungs-AG sind im Konzernabschluss der Allianz SE, München, enthalten.

Konzernzugehörigkeit

Die Allianz Private Krankenversicherungs-AG gehört zum Allianz Konzern unter Führung der Allianz SE, München. Konzernabschluss und -lagebericht der Allianz SE werden im März in ihrem Geschäftsbericht veröffentlicht und sodann beim Betreiber des Bun-

desanzeigers eingereicht und dort veröffentlicht. Konzernabschluss und -lagebericht der Allianz SE können im Unternehmensregister eingesehen oder bei unserer Gesellschaft angefordert werden. Außerdem werden sie auf der Internetseite der Allianz SE verfügbar gemacht.

In Konzernabschluss und -lagebericht der Allianz SE wird die Allianz Private Krankenversicherungs-AG einbezogen. Konzernabschluss und -lagebericht der Allianz SE haben für unsere Gesellschaft befreiende Wirkung, sodass die Allianz Private Krankenversicherungs-AG keinen eigenen Konzernabschluss und -lagebericht erstellt.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Am 24. November 2009 wurde ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG und der Allianz Deutschland AG abgeschlossen, dem die Hauptversammlung mit Beschluss vom 25. November 2009 zugestimmt hat. Danach hat sich die Allianz Private Krankenversicherungs-AG verpflichtet, 100 Prozent ihres Gewinns – nach Berücksichtigung der Bildung oder Auflösung von Rücklagen – an die Allianz Deutschland AG abzuführen.

München, 10. Februar 2017

Allianz Private Krankenversicherungs-AG
Der Vorstand

Dr. König **Bahr**

Dr. Esser **Keese**

Müller **Dr. Wiesemann**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Allianz Private Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Allianz Private Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 23. Februar 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Pfaffenzeller
Wirtschaftsprüfer

Pfaffenzeller
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens entsprechend den uns nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben beraten und die Geschäftsführung laufend überwacht. Im Geschäftsjahr 2016 hielten wir zwei ordentliche Aufsichtsrats-sitzungen ab.

Gegenstände der Beratung

In den beiden Sitzungen im März und im Dezember sowie durch regelmäßige unterjährige Berichte ließen wir uns schriftlich und mündlich vom Vorstand über die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage, die beabsichtigte Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung der Gesellschaft unterrichten. Dabei wurden uns auch die Gründe für Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von früher berichteten Zielen dargelegt und von uns nachvollzogen.

Auch in diesem Jahr hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der Strategie des Unternehmens und der Positionierung der Allianz Private Krankenversicherungs-AG im Wettbewerb befasst. Die Maßnahmen der Gesellschaft zur weiteren Stärkung der Kundenorientierung sowie der fortschreitende Ausbau der Digitalisierung bildeten dabei besondere Schwerpunktthemen. Wie bereits in den Vorjahren befassten wir uns ferner mit dem nach wie vor schwierigen Kapitalmarktumfeld, den damit verbundenen Herausforderungen für die Krankenversicherungsbranche sowie der strategischen Bedeutung der Finanzstärke als Wettbewerbsfaktor. Außerdem ließen wir uns vom Vorstand über die Umsetzung der Anforderungen aus dem Solvency II-Regelwerk berichten. Breiten Raum nahmen auch in diesem Jahr die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft ein. Dazu behandelten wir System und Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision und von Compliance sowie die Risikosituation und -strategie. Schließlich überprüften wir die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und befassten uns mit den für den Aufsichtsrat relevanten Änderungen aus der Abschlussprüferreform.

Jahresabschlussprüfung

Die zum Abschlussprüfer bestellte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, hat den Jahresabschluss der Allianz Private Krankenversicherungs-AG zum 31. Dezember 2016 sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht der KPMG für das Geschäftsjahr 2016 wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig zugeleitet. Die Unterlagen wurden in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 10. März 2017 in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich behandelt. Der Abschlussprüfer legte die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung dar und stand für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Aufgrund unserer eigenen Prüfung der von Vorstand und Abschlussprüfer vorgelegten Unterlagen erheben wir keine Einwendungen und schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG an. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Er ist damit festgestellt.

Personelle Veränderungen in Aufsichtsrat und Vorstand

Wir haben Herrn Daniel Bahr zum 1. Januar 2017 neu in den Vorstand berufen und ihn mit der Verantwortung für das neu gebildete Ressort „Leistungsmanagement und Vertriebskoordination“ betraut.

Im Aufsichtsrat gab es im Geschäftsjahr 2016 keine Veränderungen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Arbeitnehmervertretungen für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

München, 10. März 2017



Dr. Manfred Knof

Vorsitzender

Mitglieder des Aufsichtsrats

Dr. Manfred Knof

Vorsitzender des Vorstands
Allianz Deutschland AG
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Prof. Dr. h. c. Wolfgang Ischinger

Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Antje Hartig*

Referentin Fachstab Verkauf und Betrieb
Allianz Private Krankenversicherungs-AG
zugleich Mitglied des Betriebsrats
Hauptverwaltung München

Josef Hochburger*

Referent Fachbereich Leistung
Allianz Private Krankenversicherungs-AG
freigestellter Betriebsrat, Mitglied des Gesamt-
betriebsrats der Allianz Deutschland AG und des
Konzernbetriebsrats sowie stellvertretender
Vorsitzender des Betriebsrats Hauptverwaltung
München

Prof. Dr. Katharina Janus

Professorin für Gesundheitsmanagement
Columbia University

Prof. Dr. Jürgen Wasem

Inhaber des Lehrstuhls für Medizinmanagement
Universität Duisburg-Essen

* Arbeitnehmervertreter



Das Papier entspricht den Anforderungen des Blauen Engels.

Allianz Private Krankenversicherungs-AG
Königinstraße 28
80802 München
Telefon + 49 89 3800-0

www.allianzdeutschland.de